

Diese Zeitung erscheint  
jede Woche Sonnabends.  
Preis pro Quartal durch  
die Post bezogen 1 M.  
Eingetragen in die Post-  
zeitungsliste Nr. 6432.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis:  
Arbeitsvermittlungs- und  
Zahlstellen-Anzeigen die  
3 gepaltene Kolonnen-Beile  
50  
Geschäftsanzeigen werden  
nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey.  
Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.  
Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Nikolaitraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

### Unser Pfingstgeist.

Ueber allen Feldern liegt  
Nun ein stilles Glänzen . . .  
Wieder hat der Denz gestiegt!  
Und aus Blütenkränzen  
Steigt die Welt verjüngt und schön  
Bis zur fernsten Ferne:  
Alle Täler alle Höhn  
Tragen Blütensterne.

Denn der Frühlingsglaube kam,  
Segnete die Sprossen, —  
Seinen Geist hat wunderbar  
Kings er ausgegossen, —  
Dieß nichts aus von Baum und Strauch,  
Selbst nicht den geringsten, —  
Weihte sie mit Zauberhauch  
Zu der Pracht der Pfingsten!

Kam der Frühlingsglaube nicht  
Auch zu euch? Umprähete  
Euch nicht heiß sein Sonnenlicht,  
Daß das Herz euch glühte?  
Sahst der Hoffnung Blütenmeer  
Ihr nicht leuchtend sprießen?  
Saugen Gloden ringsumher  
Nicht, die Glück verhießen? . . .

Tag für Tag und Jahr für Jahr,  
Wieviel auch verfloßen,  
Ward ein heil'ger Geist fürwahr  
Verbend ausgegossen:  
Denen predigt er, die Leid,  
Sorg und Gram bezwungen!  
Und er weckt sie weit und breit  
Auf mit Feuerzungen!

Sahst ihr nicht die Blütenpracht,  
Nicht das Sonnenleuchten?  
Steigt heraus aus Not und Nacht  
All ihr Qualgebeugten.  
Wagt es einmal, Mensch zu sein:  
Jedem, dem Geringsten,  
Bringt ein Ende aller Pein  
Einst der Völkerspangsten!

Nacht der Tag hereinsteht, dann fällt  
Jede Kettenbande —  
Und der letzte Zwang zerfällt  
In der Freiheit Lande!  
Ueber allen Feldern liegt  
Dann ein goldner Schimmer,  
Denn die Arbeit hat gestiegt,  
Machtvoll, stark, für immer!

Ludwig Lessen.

### Ein neues Kampfmittel der Scharfmacher.

Es ist eine eigenartige Beobachtung, die sich uns jeden Tag von neuem wieder aufdrängt, daß die Unternehmer von den Arbeitern lernen. Seitdem die Arbeiter angefangen haben, sich, allen kapitalistisch-liberalen Freiheitsphrasen zum Trotz, zu starken Organisationen zusammenzuschließen, erwachte bei den Unternehmern der Nachahmungstrieb; sie ließen das Prinzip der freien Konkurrenz zum Teufel fahren und organisierten sich, um den Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter die Spitze zu bieten. In diesem Kampfe wenden die Unternehmer die gleichen Mittel an wie die Arbeiter, was wir an einem Beispiel aus neuester Zeit erläutern wollen.

Seit Jahren bemühen sich die deutschen Gewerkschaften, mit Hilfe statistischer Aufnahmen die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder festzustellen, um dadurch die Möglichkeit zu haben, die Höhe oder, besser gesagt, den Tiefstand der proletarischen Lebenshaltung durch Zahlen zu belegen. Was einem jeden Menschen, der sich in Arbeiterkreisen bewegt, auf den ersten Blick auffällt, daß nämlich die Lohnverhältnisse und damit auch die Lebensbedingungen der breiten Volksschichten noch immer sehr viel zu wünschen übrig lassen, was uns allen das Gefühl sagt, daß eine Erhöhung der Arbeitslöhne und eine Steigerung der Lebenshaltung dringend notwendig ist, das soll durch die zahlenmäßige Ermittlung der gezahlten Löhne unwiderleglich nachgewiesen werden. Auch die fernstehenden Schichten der Bevölkerung sollen durch die Lohnstatistik erkennen lernen, daß sich den Forderungen der Arbeiter eine Berechtigung nicht absprechen läßt.

Wertwürdigerweise versuchen nunmehr auch die Scharfmacher, sich der Lohnstatistik zu bedienen, weil sie darin ein Mittel erblicken, um die Nichtberechtigung der gewerkschaftlichen Lohnansprüche nachzuweisen. Es wirkt geradezu komisch, sehen zu müssen, wie man mit demselben Mittel zwei ganz entgegengesetzte Zwecke verfolgt. In dieser Beziehung gleicht die Lohnstatistik dem Alkohol, den der eine Mensch trinkt, um sich abzukühlen, der andre aber, um sich zu erwärmen. So veröffentlichen die Gewerkschaften die Lohnstatistiken, um die Kampfplust des Proletariats und die Sympathie der Bevölkerung anzufeuern, während die Scharfmacher sie als kalte Duschbecken benutzen wollen.

In der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ haben sich vor kurzem mehrere Artikelsschreiber mit diesem Thema beschäftigt und die Lohnstatistik empfohlen als die beste, manchmal sogar die einzige Waffe im dem Kampfe gegen die Gewerkschaften. Wenn man ihnen glauben darf, so ist eine geordnete, zweckmäßige Lohnstatistik in der Mehrzahl der heute auftretenden Arbeiterschwierigkeiten das einzige Mittel, um sich gegen unberechtigte Lohnforderungen zu schützen. Dazu ist es notwendig, daß man diese Statistik regelmäßig führt und sofort zur Hand hat, wenn der Kampf losgeht. Den Veröffentlichungen der Gewerkschaften gegenüber müssen die Verichtigungen und Entkräftungen Schlag auf Schlag folgen, um der öffentlichen Meinung ein richtiges Bild von der Sachlage zu geben, weil sich das Publikum erfahrungsgemäß nur zu leicht aus falscher Gefühlsduselei oder aus übertriebenen sozialen Anwendungen auf die Seite der streitenden oder ausgesperrten Arbeiter stellt und dadurch der Erledigung des Kampfes Schwierigkeiten bereitet. So spiegelt sich in den Köpfen der Scharfmachersöldlinge der Zweck und die Wirkung der Lohnstatistiken. „Diese neue statistische Arbeit“, so heißt es in einem Artikel, „schafft allerdings eine neue Last für das ohnehin schon mit Erhebungen überlastete industrielle Unternehmertum. Außerdem ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß Veröffentlichungen der Arbeitgeberverbände nicht nur von den Gewerkschaften, sondern auch von deren bürgerlichen Verbänden, zumal den Sozialtheoretikern, ausschließlich im industrieseindlichen Sinne bewertet werden. Aber das sollte von einer allgemeinen, für die Öffentlichkeit bestimmten Lohnstatistik nicht abhalten. Die deutsche Industrie braucht eben eine Bekanntgabe der Lohnverhältnisse nicht zu scheuen. Sie kann dann mit Recht die Angriffe derjenigen ignorieren, die sich ohne Verständnis dafür, daß es überall Licht und Schatten geben muß, auf jede

Veröffentlichung aus Arbeitgeberkreisen stürzen, um einseitig nur die weniger günstigen Verhältnisse zu behandeln.“

Man darf wohl billig bezweifeln, ob die so warm empfohlenen Lohnstatistiken den erhofften und erwünschten Erfolg haben werden. Der Artikelsschreiber hat allerdings eine starke Zuversicht und einen bergeversetzenden Glauben, wenn er meint, mit Hilfe seiner Zahlen könne er die öffentliche Meinung umkrempeln und die Sympathie des Publikums auf die andre Seite bringen. Andre Leute urteilen anders darüber. Wir wollen dem guten Manne seine Unerfahrenheit in wirtschaftlichen Dingen und seine Unkenntnis der Arbeiterverhältnisse zugute halten, er ist nämlich Major a. D. und außerdem bekleidet er noch, vermutlich weil er mit seiner Pension nicht auskommen kann, die Stelle eines Geschäftsführers beim Verbands-Sächsisch-Thüringischer Webereien. An und für sich kann man nicht gerade behaupten, daß ein Exzerzierplatz der geeignete Ort ist, um die Verhältnisse der Arbeiter kennen zu lernen, und auch die Stellung bei einer Unternehmerorganisation ist nicht sonderlich dazu angelegt, um einen unparteiischen Einblick zu gestatten in die wirtschaftliche Lage der Weberproletarier. Um so mehr muß man sich über den Mut dieses „Sachverständigen“ wundern, der die öffentliche Meinung umstimmen will, wenn man bedenkt, daß es sich in diesem besonderen Fall um die Arbeiter der Textilindustrie handelt, um jene ausgeemerkelten, verelendeten Lohnsklaven, denen man auch ohne eine Lohnstatistik schon von weitem ansieht, wie notwendig sie eine Lohnerrhöhung haben. Ob die deutsche Weberei-Industrie eine Bekanntgabe ihrer Lohnverhältnisse wirklich nicht zu scheuen hat, darüber werden andre Leute zu urteilen haben, als ein Major a. D. und ähnliche Herren, die sich als Unternehmertum verkaufen. Wir Gewerkschaftler sehen dieser Veröffentlichung mit aller Gemütsruhe entgegen und werden die Wirkung abwarten.

Noch einen weiteren Nutzen der Lohnstatistiken haben die Mitarbeiter der „Arbeitgeberzeitung“ hervor. Nach ihrer Behauptung besitzt die Zeitung eines Betriebes in einer möglichst eingehend geführten Statistik ein Mittel, um Vergleiche anzustellen über die Lohnverhältnisse der verschiedenen Arbeitergruppen innerhalb ein und desselben Betriebes und über die Unterschiede der Arbeitslöhne in den verschiedenen Betrieben ein und derselben Branche. Eine solche vergleichende Lohnstatistik soll die Möglichkeit bieten, einen Ausgleich zu schaffen zwischen den Löhnen der verschiedenen Gruppen und Betriebe. „Diese Art der Statistik“, so lesen wir in einem Artikel, „ist zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel geworden, weil sie die Möglichkeit gewährt, eine ausgleichende Gerechtigkeit in Lohnfragen zu pflegen und damit die Keime der Unzufriedenheit unter den Arbeitern zu ersticken. Bekanntlich werden die Arbeiter sehr leicht neidisch, wenn Arbeitskollegen einer andern Gruppe oder eines andern Betriebes bedeutend höhere als die Durchschnittslöhne verdienen. Die bei manchen Werken vorhandenen Ungerechtigkeiten können auf diese Weise aufgedeckt und beseitigt werden.“

Nur ein ganz harmloses Kinderdämmergemüt wird aus diesen Sätzen die Ansicht gewinnen, daß sich die ausgleichende Gerechtigkeit in einer Erhöhung der niedrigen Löhne auf das Niveau der höheren Löhne zeigen werde; wer das Wesen des Kapitalismus kennt, der weiß es besser, der weiß, daß das Ausbeutertum den entgegengesetzten Weg einschlagen und die Löhne herabsetzen wird — vorausgesetzt natürlich, daß sich die betreffenden Arbeiter eine Lohnherabsetzung gefallen lassen. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Absicht der Unternehmertumskulturn darauf hinausläuft, die Löhne einander abzuwechsellöhnen nach unten hin auszugleichen. Ob diese Methode zur Erstickung der Unzufriedenheit beitragen wird, darf wohl bezweifelt werden.

Alles in allem können wir wohl sagen, daß der Versuch der Scharfmacher, mit Hilfe von Lohnstatistiken den Siegeszug der Gewerkschaftsbewegung aufzuhalten, ein Versuch ist mit unaugleichem Mitteln an einem unaugleichem Objekt.

### Nochmals das „reformierte“ Arbeitsrecht der „liberalen“ Hirsch-Dunderschen.

I.

Der Artikel über die Reform des Arbeitsrechts in der Nummer 15 des „Proletariers“ hat dem „Gewerkverein“, dem Zentralorgan und Korrespondenzblatt der Hirsch-Dunderschen, sowie einem Dr. Seyde gar nicht gefallen. In fünf Artikeln im „Gewerkverein“ rennt der Dr. Seyde gegen die Ausführungen des Artikels im „Proletarier“ an.

Wie es schon der Schluß der Ausführungen im „Proletarier“ vorwegnahm, rümpft denn auch Dr. Seyde sehr die Nase über unsere Beurteilung. Er nennt uns in den „Leitfäden“ des Dr. Fleisch geübte Kritik „durchgängig unsachlich und gehässig“, er spricht von „Parteiisanktionismus“, von einem „Schmäherartikel“ usw. Daß wir gegenüber Fleisch, der glaubte, Laffalles für seine Auffassung ins Feld führen zu können, an den Ausspruch Laffalles: „Strebt nach der Macht, so habt ihr das Recht“ erinnert, nennt der Dr. Seyde „auf dem Wort Laffalles herumreiten“.

Am Anfang des ersten Artikels schreibt Dr. Seyde: „So sicherlich kein Sozialist gegen irgendeine der Einzelforderungen der Leitfäden etwas einzuwenden haben kann, so kategorisch wird doch bestritten, daß diese Sätze geeignet wären, auch bei Sozialdemokraten Anklang zu finden und so zum Gemeingut aller sozialpolitisch-fortschrittlichen Parteien zu werden.“ (Folgt dann die Uebersetzung zum Artikel des „Proletariers“.)

So, wie der Satz dasteht, ist er durchaus falsch. Wir haben uns dagegen gewandt, daß herzlich harmlose und wenig weitreichende „Leitfäden“ und „Forderungen“ als Panaxeeen gegen alle Gebrechen der gegenwärtigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ausposaunt werden. Fleisch meinte in seinem Vortrag, die praktische Durchführbarkeit „einer ungeheuren Zahl von Forderungen“ sei einfach dadurch erwiesen, „daß sie sämtlich bereits praktisch ausgeführt worden sind (der Schutz des notwendigen Eigentums in Amerika; die Lohnregulierung in Deutschland; die Korrektur des Lohnsystems durch unentgeltlichen Schulunterricht in Preußen; durch Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und durch unentgeltliche Bekleidung in vielen Schweizer Kantonen; die Wöchnerinnenunterstützung in Frankreich usw.).“ Leider ist aber gar nicht festgestellt, ob durch die Durchführung dieser „ungeheuren Zahl von Forderungen“ der ersehnte wonnige Zustand für die Arbeiter soweit erreicht ist. Und solche Feststellung wäre doch so wichtig gewesen. Die „Lohnregulierung in Deutschland“, deren „Fiel“ und deren „Basis“ die Umwandlung des Arbeitsverhältnisses aus einem Gewalt- in ein „reines Rechtsverhältnis“ sein soll, ist — die Arbeiterversicherung! Und wir brauchen ja bloß an die derzeitigen Kämpfe um die Arbeiterversicherung und an die Unzufriedenheit und daran zu erinnern, wie man gerade umgekehrt das Rechtsverhältnis der Selbstverwaltung wieder in ein staatliches Gewaltverhältnis umwandeln will, um damit festzustellen, wie wenig solche famose „Lohnregulierung“ geeignet ist, die Abhängigkeit der Arbeiter von den Inhabern der Gewalt zu verringern.

Dr. Seyde gibt in seinen Artikeln zu, daß der von uns zitierte Satz Laffalles „ein gutes Stück Wahrheit ist“, aber er meint, die realen Machtverhältnisse schufen nicht allein Recht, die Ideen träten hinzu und er spricht vom „Gewissen“. Lassen wir das Gewissen beiseite. Mit ihm ist nichts anzufangen. Das „Gewissen“ ist immer nicht besser und nicht schlechter als der Mensch, der es besitzt oder nicht besitzt. Das Gewissen ändert sich mit dem Menschen. Die Ideen hängen nicht in der Luft, sie werden durch die wirtschaftlichen Notwendigkeiten geboren. Die Ideen können dann allerdings zur Rechtsprechung beitragen, indem sie eben die — Nachherlangung beeinflussen. So z. B. durch die Idee des Klassenkampfes. Eigentlich ohne zu wollen, wird Dr. Seyde zum Zugeständnis dieser Wahrheit gedrängt. Dr. Seyde meint nämlich, es sei nicht recht einzusehen, wie der erwähnte Satz Laffalles gegen Fleisch und die Gewerkschaften ausgespielt würden. Es sei doch selbstverständlich, daß die Gewerkschaften

„Klassenkämpferisch im besten Sinne dieses Wortes“ sein wollten und seien. Na, na! Wir haben es doch sonst immer anders gehört. Ober soll die Klausel „im besten Sinne Klassenkämpferisch sein“ etwa unterstellen, daß man dem Gegner im Kampf nicht Schaden darf durch Ausnutzung der eigenen Machtmittel? Etwa nach dem „gediegenen“ Rezept jener fortschrittlichen Musterfaben, die die Ablehnung des Staats bei Nichtbewilligung freihändlerischer Forderungen als „Expressepolitik“ bezeichnen?

Dr. Heyde meint weiter, Fleißige Leitfäden wollten diesen Klassenkampf „im besten Sinne“ ja nicht hindern, sondern fördern. Geben wir für diese eigenartige „Förderung“ einige Beispiele aus dem gedruckten Vortrage des Dr. Fleißig. In der Einleitung wird als Zweck des Vortrages bezeichnet, „daß die Arbeiter ihre Aufmerksamkeit etwas weniger als bisher dem dunklen, transzendenten Begriffe des „Kampfes gegen die kapitalistische Produktion“ zuwenden“. Auf Seite 24 spricht Fleißig von dem „nebelhaften Begriffe der Bergesellschaftlichmachung der Produktionsmittel“. Auf Seite 27 vergleicht Fleißig diese Forderung mit dem Leben nach dem Tode.

Als dieses gab uns das Recht, zu schreiben, daß der Frankfurter Stadtrat aus seiner bürgerlich-kapitalistischen Haut nicht herauskomme.

Dr. Heyde versucht dann das Programm der sozialdemokratischen Partei gegen den Artikel des „Proletarier“ auszufächeln, aber mit sehr wenig Recht. Dr. Heyde sagt, „ein wesentlicher Teil“ des Gegenwartsprogramms der Sozialdemokratie laufe ja auch darauf hinaus, das Arbeitsrecht nach jener Seite hin zu entwickeln, die Fleißig jetzt „herausgearbeitet“ habe. Erwähnt wird dann der Abschnitt am Schluß des Programms: „Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst“ usw. Dr. Heyde meint, was dort gesagt werde, sei wenig. Da das „wesentlich“ oder „wenig“ ist, bleibe hier unerörtert, jedenfalls hat Dr. Heyde kluglich unterlassen, darauf hinzuweisen, daß „sehr wesentliche“ Forderungen der erwähnten im sozialdemokratischen Programm vorkommen, die auch „zunächst“ erfüllt werden.

Dr. Heyde meint, auch das „Wenige“ habe nicht gesagt werden dürfen, „wenn man davon ausging, daß im Arbeitsrecht nicht eher Verbesserungen möglich wären, als bis das Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigt wäre“. Das Erfurter Programm sei vernünftiger, als der „Proletarier“ in seinem „Schmäheartikel“. Wenn nicht möglich sei, „einige Materien anders als bisher zu regeln, ohne daß erst die sozialistische Wirtschaftsordnung herbeigeführt werden müßte“, „so müßten eigentlich die „freien“ Gewerkschaften so gut wie alle anderen gewerkschaftlichen Organisationen ihre Arbeit aufgeben“; denn diese sei bekanntlich „nicht auf Verbeihaltung des Sozialismus gerichtet, sondern auf Einzelerfolge im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems“.

Wie viel Mühe sich Dr. Heyde doch gibt, eine einfache Sachlage zu verwickeln. Zunächst: Wir haben nicht die Möglichkeit bestritten, „einige Materien“ des Arbeitsrechts anders zu regeln, bevor man auf der letzten Station des sogenannten Zukunftsstaates angelangt sei. Jede Gegenwartsarbeit muß auf dem Boden der bestehenden Wirtschaftsordnung geschehen, da es zurzeit einen andern nicht gibt. Einen festen Punkt des Archimedes an der Achse der kapitalistischen Welt, um diese Welt aus den Angeln zu heben, gibt es nicht. Etwas anderes ist es aber, ob man sich aus dem kapitalistischen Rahmen gar nicht herausdenken kann. In seinem Vortrage kam auch Fleißig zu einem ähnlichen gedanklichen Irrgang. Er sagt (auf Seite 12): „Man kann nicht Einzelorderungen aufstellen, um die Mängel an den Grundlagen der heutigen Gesellschaft zu beseitigen und zugleich den Arbeiter prinzipiell verbieten, an der Erhaltung dieser Grundlagen mitzuwirken. Werden Mängel einer Sache beseitigt, wirkt eben auf ihre Erhaltung hin.“ Fleißig konstruiert dann einen „Widerspruch“ zwischen der praktischen Arbeit und den grundsätzlichen Forderungen der Sozialdemokratie. Die Leute, die so reden, denken sich zwischen der kapitalistischen Gegenwart und dem Ziel des Sozialismus eine Art luftleeren Raums, ein Nichts. Sie stellen sich vor, daß sie einmal aus dem Gegenwartsgebäude emittieren werden könnten, ehe eine andre „Treppe“ fertiggestellt sei. Die gegenwärtige Treppe heißt diese unklaren Gedanken und Befürchtungen in die Formel von der „Vernichtung alles Bestehenden durch die Sozialdemokratie“. Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung ist aber doch unerschütterlich an dieser Gedankenwelt, an der wieder die Gegner ein Interesse haben, um mit dieser faulen „Idee“ zur Erhaltung ihrer Macht beizutragen.

Dr. Heyde meint weiter, man sei deshalb so über die Leitfäden des Frankfurter Stadtrats hergefallen, „weil man im Grunde die Gewerkschaften treffen wollte“. Das ist wieder unrichtig. Die „Fleißig-Dunkelheiten“ lassen es ja sofort an Angriffsmaterial nicht fehlen. Was uns Anlaß gab, die Leitfäden etwas zu befehlen, war vor allem die folgende Idee, die zu einer Art Leit für einen neuen Blick von der Sozialdemokratie bis zu den Nationalisten zu machen und die Wichtigkeit, die in „Nationalist“ Werten mit dem Vortrage Fleißigs gerichtet wird.

### Aus dem Reichstage.

Die Lage der Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern ist eine sehr interessante. In Deutschland ist die Bewegung sehr lebhaft. In Frankreich ist die Bewegung ebenfalls sehr lebhaft. In England ist die Bewegung ebenfalls sehr lebhaft. In den Vereinigten Staaten ist die Bewegung ebenfalls sehr lebhaft. In den anderen Ländern ist die Bewegung ebenfalls sehr lebhaft.

aus den verschiedenen Ständen und Körperschaften, noch dazu vom Kaiser, emanant werden, ist nun allerdings nach unserer Auffassung keine politische Erzeugnis. Das alles steht der Selbstregierung durch das Volk ziemlich fern. Es ist das Wahlrecht zur zweiten Kammer, welches den Fortschritt darstellt. Mit zwei Wurzeln ist es verbunden, die eine ist die Freiheit, die andere die Gleichheit. Die Freiheit ist die Freiheit der Meinungen, die Gleichheit ist die Gleichheit der Rechte. Diese beiden Prinzipien sind die Grundlagen der Demokratie. Die Demokratie ist die Herrschaft des Volkes. Die Demokratie ist die Herrschaft der Vernunft. Die Demokratie ist die Herrschaft der Gerechtigkeit.

Die Demokratie ist die Herrschaft des Volkes. Die Demokratie ist die Herrschaft der Vernunft. Die Demokratie ist die Herrschaft der Gerechtigkeit. Die Demokratie ist die Herrschaft der Freiheit. Die Demokratie ist die Herrschaft der Gleichheit. Die Demokratie ist die Herrschaft der Gerechtigkeit. Die Demokratie ist die Herrschaft der Freiheit. Die Demokratie ist die Herrschaft der Gleichheit. Die Demokratie ist die Herrschaft der Gerechtigkeit.

Die Demokratie ist die Herrschaft des Volkes. Die Demokratie ist die Herrschaft der Vernunft. Die Demokratie ist die Herrschaft der Gerechtigkeit. Die Demokratie ist die Herrschaft der Freiheit. Die Demokratie ist die Herrschaft der Gleichheit. Die Demokratie ist die Herrschaft der Gerechtigkeit. Die Demokratie ist die Herrschaft der Freiheit. Die Demokratie ist die Herrschaft der Gleichheit. Die Demokratie ist die Herrschaft der Gerechtigkeit.

### Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1910.

I. Ausbreitung und Umfang der Gewerkschaftskartelle.

Sehn Jahre sind nunmehr verfloßen, seitdem die Generalkommission damit begonnen hat, alljährlich eine allgemeine Uebersicht über den Umfang und die Tätigkeit der Kartelle der freien Gewerkschaften zu geben. Ein Vergleich der ersten Statistik mit den Zahlen des Jahres 1910 führt in recht milder Weise die kraftvolle Entwicklung der Kartelle während des verfloßenen Dezenniums vor Augen. Es vermehrte sich die Kartelle um 321, die Zahl der angegliederten Gewerkschaften stieg um 4888 und die der Mitglieder von 13718 auf 1892752. Die Tätigkeit der Kartelle hat von Jahr zu Jahr eine ständige Erweiterung erfahren. Aus dem Gebiet der Agitation und der Bildungsanstalten sowohl wie in bezug auf die Erfüllung der sozialpolitischen Aufgaben ist eine immense, fruchtbringende Arbeit geleistet worden. So haben sich die Kartelle durch ihre ständige Mitarbeit eine ehrenhafte Stellung innerhalb der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung erworben und damit nach besten Kräften zu deren maßgebendem Aufstieg beigetragen.

Von Schluß des Jahres 1910 betrug die Zahl der Kartelle 684 (1909: 654), gegenüber dem Vorjahre ist eine Vermehrung von 30 Kartellen eingetreten. An der Veranschaulichung beteiligten sich 656 Kartelle = 96,91 Proz. der Gesamtzahl. Die prozentuale Beteiligung ist etwas günstiger als im Jahre 1909, wo sie 94,65 Proz. ausmachte. Durch den Ausfall von 28 Kartellen aus der Statistik wird diese nicht erheblich beeinflusst, da es sich durchweg nur um kleinere Kartelle handelt. Zwei von ihnen wurden erst im Laufe des Vorjahres gegründet und die übrigen 26 zählten 1909 zusammen 14746 Mitglieder.

Der 656 an der Statistik beteiligten Kartellen sind 8883 Gewerkschaften angegliedert, die insgesamt 1892752 Mitglieder zählen. Darunter befinden sich 8552 Zweigvereine von den der Generalkommission angegliederten Zentralverbänden mit 1854774 Mitgliedern. Im Jahre 1909 wurden 8520 Zweigvereine mit zusammen 1612449 Mitgliedern gezählt. Es hat sich die Zahl der Zweigvereine um 32 und die der Mitglieder um 278225 vermehrt. Die Kartellstatistik umfasst selbstverständlich nicht alle Zweigvereine und Mitglieder der Zentralverbände. 309 Zweigvereine waren den Kartellen im Jahre 1910 nicht angegliedert; auch befinden sich Mitglieder an solchen Orten, wo Kartelle noch nicht bestehen. Das Zahlenverhältnis der Kartellstatistik ist jedoch bereits von früheren Jahren zu sehen, daß die Zentralverbände am Ende des Jahres 1910 einen Mitgliederbestand von zwei Millionen erreicht haben.

II. Die Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle.

Die im Jahre 1910 tätigen Kartelle umfassen einen riesigen Wirkungskreis. Sie haben in den letzten Jahren eine außerordentlich günstige Entwicklung erfahren. Doch wurde auch von den Zentralverbänden die sorgfältigste Beachtung der sozialpolitischen Konjunktur zu einer regen Agitation ausgenutzt. Die Unterbreitung einer solchen Agitation auf örtlichem Gebiete ist eine der ersten Aufgaben der Kartelle. Sie kommt namentlich dann in Frage, wenn es gilt, für die Arbeiter einen Kampf, für die am Tag noch kein Gewerkschaftsverband, einen gewerkschaftlichen Zusammenschluß herbeizuführen, was selbstverständlich nur in Verbindung mit den

maßgebenden Instanzen des zuständigen Zentralverbandes geschehen kann. Ist es dann zu der Neugründung eines Zweigvereins gekommen, so erwacht dem Kartell die weitere Aufgabe, denselben so lange treulich zur Seite zu stehen, bis er in sich völlig gefestigt ist.

Die Erfüllung dieser Pflicht erfordert häufig die Veranlassung besonderer Versammlungen für die einzelnen Bezirke seitens der Kartelle; es belief sich deren Zahl im Jahre 1910 auf insgesamt 1248. Außerdem fanden noch 2500 allgemeine Versammlungen statt, die den gemeinsamen Aktionen aller Gewerkschaftsmitglieder am Orte dienten.

In 86 Orten wurden keine Versammlungen abgehalten, doch ist in vielen Fällen diese Unterlassung auf Lokalmangel zurückzuführen.

Daß man mit dem höchsten Mittel der „Saalabtreiber“ noch immer versucht, der Arbeiterbewegung Abbruch zu tun, geht aus der Tatsache hervor, daß im Jahre 1910 57 Kartelle eigene Versammlungsräume unterhielten (1909: 48). Größer noch dürfte aber die Zahl der Orte sein, wo den Gewerkschaften überhaupt keine ausreichenden Lokalitäten zur Abhaltung von Versammlungen zur Verfügung stehen. In solchen Orten erwacht den Gewerkschaftsmitgliedern die Pflicht, diesen koalitionsfeindlichen Bestrebungen in einem ausdauernden, planmäßigen Kampfe entgegenzuwirken.

Die Zahl der Arbeiterinnen-Agitationsmissionen ist von 29 auf 25 zurückgegangen, dagegen ist die Zahl der weiblichen Vertrauenspersonen bedeutend gestiegen, und zwar von 48 auf 80. Die Einsetzung weiblicher Vertrauenspersonen ist besonders angebracht, damit die Lohnarbeiterinnen Gelegenheit haben, ohne Ehemänner anfeindliche Behandlung seitens der Arbeitgeber oder Vorgesetzter Besondere führen zu können.

Von 128 Kartellen wurden zusammen 133 statistische Erhebungen veranstaltet. In 9 Fällen erstreckten sich dieselben auf die Feststellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, in 42 Fällen wurde der Grad der Arbeitslosigkeit ermittelt und 82 Erhebungen dienten sonstigen Zwecken. 1909 fanden 171 statistische Erhebungen statt. Der Ausfall an Erhebungen wurde durch die geringere Zahl der Arbeitslosenzählungen verursacht.

Zur Uebersetzung der Arbeiterschutzbestimmungen bestanden 1910: in 139 Orten Beschwerdekommissionen für Gewerbeinspektionsachen, in 48 Orten Kommissionen zur Bekämpfung des Post- und Vogiawesens beim Arbeitgeber und in 228 Orten Bauarbeiterbeschwerdekommissionen. Wesentliche Veränderungen in der Zahl dieser Institutionen sind seit 1909 nicht eingetreten.

In immer steigendem Maße werden seitens der Kartelle die Bildungsbestrebungen der Arbeiterklasse gefördert. Das ist ein sehr erfreuliches Symptom und kann auf diesem Gebiete von den Kartellen noch viel dankbare Arbeit geleistet werden. Die Bildungsbestrebungen stehen mit der Förderung der Agitation in enger Beziehung, so mag ein erheblicher Teil der Versammlungen durch Halten wissenschaftlicher Vorträge auch den Bildungsbestrebungen zugute gekommen sein. 493 Kartelle unterhielten gemeinsame Bibliotheken (1909: 464) und 71 (1909: 54) haben Lesezimmer eingerichtet. Bildungsausgänge bestehen in 292 Orten (1909: 272) und die Zahl der Jugendkommissionen beträgt 293 (1909: 284). Die beiden letzteren Einrichtungen werden jedoch von einer erheblichen Zahl Kartelle gemeinsam mit der Partei unterhalten.

Gewerkschaftshäuser sind in 53 Orten vorhanden. In 16 Fällen dienen gepachtete oder gemietete Räume solchen Einrichtungen und in 37 Orten sind Gewerkschaftshäuser auf eigenem Grundstücken errichtet. Zur Erziehung und Führung von Gewerkschaftshäusern sind in der Regel besondere Genossenschaften gebildet.

Sparbanken in eigener Regie werden von 28 Kartellen unterhalten, die in der Regel in Verbindung mit den Gewerkschaftshäusern stehen. Die Zahl der Sparbanken bei Gastwirten, die bezüglich der Unterbringung von reisenden Gewerkschaftsmitgliedern Absmachungen mit den Kartellen getroffen haben, die einer ständigen Kontrolle unterliegen, beträgt 307.

Arbeitersekretariate, die von Kartellen unterhalten werden, bestehen an 96 Orten, außerdem sind noch von 203 Kartellen Rechtsauskunftstellen eingerichtet. In verschiedenen Fällen sind an dem Unterhalt eines Sekretariats mehrere Kartelle beteiligt. Ueber die Tätigkeit der Sekretariate und Auskunftstellen wird später besonders berichtet werden. 18 Kartelle besitzen zur Erledigung der Verwaltungsgeschäfte eigene Büroräume. Von 89 Kartellen werden insgesamt 152 Angestellte beschäftigt, die hauptsächlich in den Sekretariaten tätig sind.

### III.

#### Die Finanzgebarung der Gewerkschaftskartelle.

Die Ausgaben der Kartelle werden hauptsächlich gedeckt durch feste Beiträge der Gewerkschaften, die in der Regel pro Mitglied berechnet werden. Von den an der Statistik beteiligten Kartellen erhoben 647 einen solchen Beitrag.

Darunter befinden sich 109, die getrennte Beitragsleistung für das Kartell und das Sekretariat bezm. die Auskunftstelle haben. Die Zahl der Kartelle mit einem Jahresbeitragsfuß bis höchstens 20 Pf. beträgt 70 = 10,7 Proz. Einen Beitrag von 21 bis 40 Pf. erheben 218 Kartelle = 33,2 Proz. 252 Kartelle = 38,4 Proz. erheben einen Beitrag von 41 bis 100 Pf. Bei 98 Kartellen = 14,9 Proz. bewegt sich der Beitrag zwischen 101 bis 200 Pf. und bei neun Kartellen = 1,4 Proz. geht die Beitragsleistung über 2 Ml. hinaus.

Seit dem Jahre 1909 hat sich die Beitragsleistung wiederum, wenn auch nicht so erheblich als in den Vorjahren, nach aufwärts bewegt. Die Erhebung zu hoher Kartellbeiträge liegt nicht im Interesse der Gewerkschaften. Die Vollkosten der Zweigvereine usw. dadurch so stark belastet, daß für die Erfüllung anderer organisatorischer Aufgaben nicht genügend Mittel verbleiben. Legt man aber den Mitgliedern zu hohe Beiträge auf, so wird dadurch der Ausbreitung der Gewerkschaften Abbruch getan. Man sollte es sich daher in den Kartellen reiflich überlegen, bevor man zur Schaffung von kostspieligen Einrichtungen übergeht, die eine starke finanzielle Belastung der Gewerkschaften mit sich bringen.

Angaben über Einnahmen und Ausgaben haben 648 Kartelle gemacht. Diese hatten insgesamt Einnahmen: an Beiträgen 733 614 Ml., an Streiksammlungen 660 217 Ml. und an sonstigen Einnahmen aus den Ueberschüssen von Veranstaltungen und Unternehmungen usw. 333 534 Ml. Die Gesamteinnahme betrug 1 727 365 Ml. Dieser Einnahme steht eine Ausgabe von 1 701 602 Ml. gegenüber, welche sich auf folgende Posten verteilt: Agitation 104 205 Ml., Arbeitervertreterwahlen 34 967 Ml., statistische Erhebungen 4427 Ml., Gewerkschaftshäuser und Versammlungsräume 93 950 Ml., Sparbanken und Arbeitsnachweise 26 534 Ml., Sekretariate und Auskunftstellen 222 519 Ml., Bibliotheken und Lesezimmer 74 708 Ml., Streiks 669 607 Ml. (davon aus den Kartellkassen 23 447 Ml.), Verwaltungskosten, sachliche und persönliche, 181 737 Ml., sonstige Ausgaben 283 943 Ml. Unter den Ausgabeposten für Verwaltung sind vielfach auch Kosten für Auskunftsstellen und Sekretariate verzeichnet worden; in welcher Höhe, läßt sich aus den Kassenberichten nicht feststellen.

Veranlaßt durch den Aufruf der Generalkommission, fanden im Jahre 1910 umfangreiche Sammlungen statt zur Unterstützung der Ausgepörrten im Baugewerbe. Von 389 Kartellen wurden insgesamt 600 217 Ml. durch Sammlungen aufgebracht, außerdem wurden von 158 Kartellen 23 447 Ml. an Unterstützung aus den Kartellkassen geleistet. Von der Streikunterstützung wurden 42 319 Ml. am Orte verwandt und 627 288 Ml. der Generalkommission überreicht. Ein Teil der Kartelle hat jedoch die Sammlungen nicht in Kassenbericht aufgenommen, da die Summen lediglich Durchgangsposten darstellen. Es ergibt sich daraus, daß die Generalkommission über die Summe von 791 877 Ml. als von den Kartellen eingegangen quittierte. Die Kassenbewußte Arbeiterkraft hat durch diese Ausbringung von finanziellen Mitteln wiederum einen schönen Beweis ihrer Solidarität erbracht.

Die Jahresstatistiken der Generalkommission haben unzweifelhaft auf die Entwicklung der Kartelle einen außerordentlich günstigen Einfluß ausgeübt. Sie haben uns nicht nur seit zehn Jahren eine fortlaufende, lehrreiche Uebersicht über einen wichtigen Zweig der gewerkschaftlichen Tätigkeit, sondern sie dienen auch den Kartellen als Richtschnur zur Erfüllung ihrer Aufgaben.

Wegen die Kartelle der Gewerkschaften auch weiterhin in dem gleichen Geiste ihre fruchtbringende Tätigkeit entfalten zum Wohle der arbeitenden Arbeiterklasse.

# Zement- und Ziegel-Industrie

## Die Organisationen der süddeutschen Portlandzementfabriken.

Die Entwicklung der süddeutschen Zementindustrie fällt im wesentlichen in die zweite Hälfte der achtziger Jahre, wo der Bedarf an Zement durch die zahlreichen Wasser- und Festungsbauten eine enorme Steigerung erfuhr. Das Jahr 1889 kommt dabei in erster Linie in Betracht, das sogar eine Verdoppelung des Zementverbrauchs gegen das Jahr 1888 aufzuweisen hat. Um diesem Bedarf zu genügen, wurden die bestehenden Fabriken in aller Eile vergrößert und neue Werke schossen pilzartig aus der Erde empor. Alle Betriebe waren voll beschäftigt, die Zementpreise schnellsten in die Höhe, so daß die Zementherren reiche Beute einheimsten. Das ging gut bis zum Jahr 1891. Die Bautätigkeit ließ nun nach und damit natürlich auch der Zementverbrauch. Da die Zementfabriken eine Einschränkung der Produktion nicht vornahmen, war in den folgenden Jahren eine Ueberproduktion zu verzeichnen, die naturgemäß auch einen Preisrückgang und eine Schmälerung des Gewinnes nach sich zog. Der Preis pro Doppelzentner ging von 5,40 M. auf 4,20 M. zurück und die durchschnittlich verteilte Dividende verringerte sich um ein Prozent.

Dieser Rückgang des Profits brachte die Zementherren auf die Bahn der wirtschaftlichen Organisation. Zuerst versuchten sie es mit Preisabkündigungen, die sich aber nach kurzer Zeit als nutzlos erwiesen. Eine straffere Organisation war also die einzige Rettung des Profits, und die wurde in der Gründung des Verbandes süddeutscher Portlandzementfabriken gefunden, die im Jahre 1893 erfolgte. Der Verband erstreckt sich über Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Elsaß-Lothringen, Hohenzollern, Luxemburg, die preussischen Regierungsbezirke Trier, Koblenz, Wiesbaden, Kassel und den obdenburgischen Landesteil Württemberg. Der Zweck des Verbandes war, durch feste Vereinbarungen die Produktion, Verkaufsbedingungen und Preisfestzulegen, um so die ungesunde Konkurrenz auf dem Zementmarkt zu beseitigen und die Absatzverhältnisse zu regeln. Als Grundlage zur Festsetzung der Produktion diente der im Vorjahre von jeder Fabrik erzielte Absatz; er bildete das „Kontingent“, über das hinaus nicht produziert werden durfte. Nur die Generalversammlung konnte je nach der Marktlage das Kontingent prozentual für alle Fabriken gleichmäßig herauf- oder herabsetzen. Zur Regelung der Preise wurden Minimalpreise festgesetzt, unter denen nicht verkauft werden durfte.

Um diesen Vereinbarungen den nötigen Nachdruck zu verleihen, wurde eine Kontroll- und Verrechnungsstelle geschaffen, der jedes Werk bis zum 6. jeden Monats den Gesamtverkauf des letzten Monats angeben mußte. Die Verrechnungsstelle nahm dann eine Zusammenstellung des Absatzes sämtlicher Fabriken vor und führte dann einen Ausgleich des Absatzes dadurch herbei, daß den voraus-eilenden Fabriken Einschränkung der Reisetätigkeit, Preiserhöhung oder Ueberweisung der einsparenden Aufträge an die Verrechnungsstelle auferlegt wurde. Diese Aufträge wurden dann den im Versand zurückgebliebenen Fabriken zugeteilt. Wo ein solcher Ausgleich nicht möglich war, mußte ein Geldausgleich stattfinden, indem jede Fabrik, die ihr Kontingent überschritt, für jedes zuviel verkaufte Faß Portlandzement 2 M. an die Verrechnungsstelle abzuliefern hatte. Auch die Beteiligung an Submissionen der staatlichen und städtischen Behörden wurde durch die Verrechnungsstelle geregelt. Sie bestimmte unter möglichster Berücksichtigung der zunächst interessierten Fabriken die Werke, die sich an den Submissionen zu beteiligen hatten, und auch die Preise, die sie zu fordern hatten. Wurde bei diesen Ausschreibungen ein Preis erzielt, der den Minimalpreis pro Doppelzentner um mehr als 10 Pf. überschritt, so war dieses Mehr an die Verrechnungsstelle zu zahlen, das dann an die interessierten Fabriken gleichmäßig verteilt wurde.

Die Einhaltung dieser Bedingungen war durch Festsetzung hoher Konventionalstrafen gesichert, und so hat denn auch der Verband in den ersten Jahren seines Bestehens seinen Zweck vollständig erfüllt. Die wilde Konkurrenz der Fabriken unter sich hörte auf, und der Gewinn stieg, ohne daß eine wesentliche Erhöhung der Preise eingetreten wäre. Die durchschnittlich verteilte Dividende stieg von 1893, dem Gründungsjahr, bis 1899 um beinahe 6 Prozent. Diese Profitsteigerung ist im wesentlichen auf die Ersparung von Unkosten zurückzuführen. Die Spesen für Reisen und Klame konnten verringert, zum Teil auch ganz aufgehoben werden; durch die Ueberweisung der Aufträge an die zunächst-liegenden Fabriken wurde ein großer Teil der Frachtkosten erspart, die Zahlungsweise besserte sich, die Gelder gingen pünktlicher ein, die Rücksendung der Säcke erfolgte regelmäßiger und — die Arbeitslöhne konnten einheitlicher niedergehalten werden. Denn der durchschnittliche Jahresverdienst der Zementarbeiter stieg von 1892—1898 von 790,34 M. auf 793,24 M., also in 6 Jahren um 2,90 M.

Mit dem Anfang des neuen Jahrhunderts begann für die süddeutsche Zementindustrie ein erneuter Niedergang. Die guten Geschäftsergebnisse führten zur Gründung von neuen Zementfabriken und auch die in Oesterreich und der Schweiz, längs der deutschen Grenze, entstandenen Werke suchten ihre Produkte in steigendem Maße in Süddeutschland unterzubringen. Damit begann denn auch der Zerfall des Verbandes. Die neu gegründeten und dem Verband beigetretenen Werke vermochten ihr Kontingent nicht annähernd abzusehen, da ihre Waren, als unbelannt, nicht sonderlich begehrt wurden. Dem Ausgleich durch die Verrechnungsstelle fehlten nun die alten Fabriken entschiedenen Widerstand entgegen; sie wollten sich den durch die in- und ausländische Konkurrenz schon geschmälereten Gewinn nicht nochmals durch Ausgleichszahlungen an die neuen Werke schmälern lassen. Hingy kam noch der Umstand, daß die Preise und Verkaufsbedingungen von Mitgliedern des Verbandes allmählich immer mehr umgangen wurden, ohne daß sie bestraft werden konnten. So wurden z. B., wie Dr. Max Würzburg feststellte, die Vereinbarungen mit dem Verband vollständig eingehalten, aber dadurch umgangen, daß die Liefernde Fabrik dem Abnehmer einen geringwertigen Gegenstand, z. B. einen Kalender oder einen Stock, zu sehr hohem Preise abkaufte.

Alle diese Umstände bewirkten am 31. Dezember 1903 die Auflösung des Verbandes, und eine Neugründung, die „Süddeutsche Zementverkaufsstelle“ trat am 1. Januar 1904 an dessen Stelle. Außer der Regelung der Produktion und der Preise hat sich die Verkaufsstelle auch die Aufgabe gestellt, Zementfabriken anzukaufen und Neugründungen durch Ankauf von

Grundstücken zu verhindern. Der selbständige Verkauf ist den Fabriken genommen, er wird nun noch durch die Verkaufsstelle geregelt. Das für jede Fabrik festgesetzte Kontingent wird an die Verkaufsstelle geliefert, und diese zahlt dafür einen vorläufigen Berechnungspreis. Alle Aufträge gehen an die Verkaufsstelle und werden von dieser den einzelnen Fabriken überwiesen. Der bei dem Verkauf erzielte Gewinn wird am Jahresabschluss nach Abzug aller Unkosten prozentual an alle Fabriken verteilt. Beteiligten sich Fabriken an Submissionen, so handeln sie stets als Mandatäre der Verkaufsstelle, sie haben also den Erlös an die Verkaufsstelle abzuführen. Der Kleinverkauf ist den Fabriken gestattet, sie sind aber verpflichtet, die verkauften Mengen am Monatsabschluss der Verkaufsstelle anzugeben und den Erlös abzuliefern. Für alle Schäden, die durch mangelhafte Qualität oder Lieferung entstehen, haftet die Fabrik, die von der Verkaufsstelle mit der Lieferung beauftragt wurde. Nur wenn höhere Gewalt, ein Unglücksfall oder ein Streik, die verlangte Lieferung verhindert, trägt die Verkaufsstelle das Risiko.

Um das Bestehen der Verkaufsstelle sicherzustellen, ist den Fabriken aber nicht nur das Recht der freien Produktion und des freien Verkaufs genommen, sondern ihrer Handlungsfreiheit sind noch weitere Beschränkungen auferlegt. So sind Fabriküberäußerungen nur möglich, wenn der Erwerber auch die Pflichten gegenüber dem Syndikat übernimmt. Verlegung oder Erweiterung der Fabrikanlagen, Errichtung neuer Fabriken oder Erwerbungen schon bestehender Fabriken sind innerhalb des Syndikatgebietes nur gestattet, wenn die Generalversammlung mit Dreiviertelmehrheit dafür stimmt. Ebenso ist es den Fabriken verboten, sich direkt oder indirekt an außerhalb des Syndikats stehenden Zementfabriken zu beteiligen. Von diesen Bedingungen sind die Fabriken nur dann entbunden, wenn die Verkaufsstelle innerhalb eines Geschäftsjahres weniger als 70 Prozent und in dem folgenden Jahre weniger als 85 Prozent des Kontingents abkauft, womit denn auch die Berechtigung zum Austritt aus dem Syndikat gegeben ist.

Das Syndikat ist bis zum 31. Dezember 1913 vertraglich abgeschlossen und somit ein Konkurrenzkampf in Süddeutschland bis dahin ausgeschlossen, da bis auf drei Fabriken alle dem Syndikat angehören. Aber auch diese stehen in einem Vertragsverhältnis mit dem Syndikat, das sie verpflichtet, die Preise und Verkaufsbedingungen des Syndikats einzuhalten. Alle Zuwiderhandlungen der Fabriken gegen die Bestimmungen des Syndikats können mit hohen Strafen geahndet werden, und müssen die Fabriken zu diesem Zweck Solawechsel in der Höhe von 50 Prozent der Stammeinlagen hinterlegen. Die Stammeinlagen betragen pro 1000 Faß des Kontingents 100 M. Dieser straffen Organisation des Zementkapitals verblieb natürlich auch der Erfolg nicht versagt. Stieg doch die durchschnittliche Dividende der süddeutschen Zementfabriken von 1904, dem Geburtsjahr des Syndikats, bis 1908 wiederum um 3 3/4 Prozent. Das aber in der Steigerung der Dividende nur ein Teil der Gewinnsteigerung zum Ausdruck kommt, beweist die Tatsache, daß die Zementpreise in derselben Zeit eine Steigerung von 37 Prozent erfahren haben. — Mögen die Zementproleten daraus lernen, sich eine ebenso straffe Organisation zu schaffen, dann wird auch unter ihnen der heutige drückende Konkurrenzkampf verschwinden und eine Preissteigerung ihrer Arbeitskraft möglich sein.

## Fortschritte im Elsass.

Einen beachtenswerten Erfolg durch die Organisation haben die Ziegelarbeiter für das Wirtschaftsgebiet Straßburg im vorigen Monat errungen. Es ist das der erste Erfolg überhaupt, den diese unter den erbärmlichsten Verhältnissen lebende Arbeiterkategorie durchgesetzt hat. Jahrelanger mühsamer Arbeit hat es bedurft, um diese Lohnslaven (in des Wortes schrecklicher Bedeutung) davon zu überzeugen, daß nur durch die Organisation, und auch nur durch diese, ihre trostlose Lage einer Besserung entgegengeführt werden kann. Doch, was lange währt, wird endlich gut. Ende März traten die Arbeiter der Orte Schiltigheim, Wischheim, Hönheim und Susselwegerheim an die Ziegelarbeiter mit Forderungen heran, und dieselben Unternehmer, die vor noch nicht allzulanger Zeit die Arbeiter verhöhnten, daß sie ihr Geld dem „Schwabe näher schide“, dieselben Herren, die die Entlastung demjenigen in Aussicht stellten, welcher sich untersteht, dem Verbands beizutreten, sie mußten mit den Organisationsvertretern verhandeln, mußten mit Arbeitervertretern ihrer Betriebe über die zulässige Gestaltung des Arbeitsvertrages Unterhandlungen pflegen mit dem Resultat einer Lohnzulage von 20, 30 und 40 Pf. pro 1000 Ziegelsteine. Im September erfolgt die Aufnahme weiterer Verhandlungen und sollen dieselben zu einem Tarifvertrage für das Gebiet der Ziegelverkaufsstelle Straßburg führen; die Unternehmer gaben bei den abgeschlossenen Verhandlungen die ehrenwürdige Versicherung, im Späthjahr zu einer weiteren Zulage bereit zu sein, denn dann wären sie in der Lage, die Mehrausgabe an Arbeitslöhnen durch Erhöhung der Preise ihrer Produkte bei Abgleich der Verträge mit den Bauunternehmern decken zu können. Ein vorzüglicher Stamm von Mitgliedern bürgt uns dafür, daß die jetzigen Erfolge gehalten und Gwaige Zweifel in die Lüden der kämpfenden Kollegen einzutreten werden. Im allgemeinen hatte die Agitation unter den Ziegelarbeitern große Vorurteile zu bekämpfen, die um so schwerer zu beseitigen sind, weil die hier in Betracht kommende Arbeiterklasse durch die Verhältnisse (ca. 14 bis 17tägige Arbeitszeit im Sommer, Hungerlöhne im Winter) im allgemeinen noch auf einem sehr niedrigen Niveau steht. Die Vorurteile gegen jede Art Organisation wurden in der Hauptfrage hervorgerufen durch das Fiasco der christlichen Organisation bei dem Streik der Ziegelarbeiter in Nöthenheim im Jahre 1907. Es wurden damals unter Verdrängungen, die zu erfüllen die Christen nie in der Lage waren, die Ziegelarbeiter gelockt. Allen gemächlichen Gespinnstereien zum Trost wurde die Agitation betrieben, und als die Leute auf Erfüllung der praktischen Versprechungen drängten, wurde in einer Zeit wirtschaftlichen Niederganges ein Streik inszeniert, der nach Lage der Verhältnisse verloren gehen mußte. Die guten katholischen Ziegelarbeiter von Nöthenheim haben ihren Brüdern in Christlo, den Ziegelproleten, auch nicht einen Pfennig zugestanden! Der Lohnkampf dauerte von Mai bis September. Zu guter Letzt blieb man noch für drei Wochen die Streikunzulassung schuldig und zerknirscht und erbittert mußten die bedauernswerten Opfer christlicher Agitation und Organisation zu Kreuzen kriechen. Wie ganz anders verlief unsere Bewegung. Zugeständnisse von 20 bis 40 Pf. pro 1000 Steine, neben sonstigen Verbesserungen, in der Hauptfrage ohne Arbeitsentstellung auf der einen, Anerkennung der Organisationsauf der andern Seite. Die Organisation ist nach dem Kampfe fester noch als vorher, und aller Voraussicht nach wird es gelingen, die noch fernstehenden Tagelöhner und Offenarbeiter, letztere meistens (italienisch) im Laufe dieses Sommers diesem Hort der Arbeiterklasse zuzuführen. Auch die Kollegen von Nöthenheim jangen an, sich wieder zu regen, sie gewinnen nunmehr Vertrauen zu unserm Verband, und hat sich ein Teil bereits uns angeschlossen, die noch absetzbar sind werden dem Beispiel ihrer Kollegen folgen. Sie dürfen aber zugeben, daß sie in uns einen Helfer, eine Stütze finden, die ihnen allzeit treu zur Seite stehen wird. Gestützt auf die bisherigen Erfolge unserer Organisation im allgemeinen und den schönen Anfang für unsere Kollegen aus der nächsten Umgebung der schönen „Reichsstadt“ im besonderen werden wir weiter arbeiten und alle unsere Kräfte in den Dienst der guten Sache stellen, wir werden die Werbetrömel rühren, um die Ziegelarbeiter von Elsaß-Lothringen Zeiten entgegenzuführen, in der sie ebenfalls als Menschen geachtet werden, die dann auch als Menschen und Klassengenossen aller modernen denkenden Arbeiter an der Verwirklichung der menschlichen

Gesellschaft mitzuarbeiten bereit sind. Auf, Kollegen, zum zweiten Schritt!

## Die geheulichen Verhältnisse in der Ziegelindustrie.

Die Ziegelbesitzer sind bekanntlich heute zu etwa 80 Prozent organisiert. Natürlich haben sie ihre Organisationen nicht geschaffen, um irgendwelche Maßnahmen gegen die Ziegelarbeiter zu treffen, i bewahre, im Gegenteil, sie organisieren sich nur, um „geheuliche Verhältnisse“ in der Ziegelindustrie zu schaffen und zu fördern. Wenn natürlich die Ziegelarbeiter mit „berechtigten Forderungen“ nicht einverstanden sind oder gar noch höheren Lohn wünschen, dann ist das eine Gefährdung der geheulichen Verhältnisse, und dann müssen die Ziegelbesitzer-Organisationen eingreifen. So ungefähr lautet der Text der in allen Generalversammlungen der Ziegelbesitzerverbände in den verschiedensten Melodien gesungenen Weisheit.

Der Verein der Ziegelbesitzer von Köln hat aber diesmal in seiner Generalversammlung vom 3. April ein andres Lied angestimmt. Der Geschäftsführer des Vereins, Herr A. Duerbach, bekannte dort, nach dem Bericht der „Deutschen Tages- und Ziegler-Zeitung“, daß der Kölner Ziegelbesitzerverein es als seine erste Aufgabe betrachte, dem allmählich in Fluß kommenden wirtschaftlichen Vormarsch der Ziegelarbeiter Einhalt zu gebieten. Er betonte, daß, wenn sich die Ziegelarbeiter im verflochtenen Jahre ruhig verhalten hätten, so sei dies in erster Linie auf die Geschlossenheit der Ziegelbesitzer zurückzuführen und dürfte dies für alle Besitzer ein Ansporn sein, auch weiterhin fest zusammenzuhalten, um etwaigen Angriffen seitens der Arbeiterorganisationen gewachsen zu sein. Sicher sei, daß, wenn die Ziegelbesitzer zu einer Auflösung ihrer Vereine bzw. Verbände kommen sollten, die Organisationen der Arbeitnehmer sofort an die einzelnen Besitzer herantreten würden mit Forderungen an Lohn-erhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit. So lange aber Vereine und Verbände bestehen würden, er- scheine dies ausgeschlossen, da die Unternehmerverbände immerhin für die gegnerische Organisation „mer Faktor bildeten, mit dem sie zu rechnen hätten.“

So lange also die Vereine und Verbände der Ziegelbesitzer bestehen, werden sie jeder Lohnforderung oder Arbeitszeitverkürzung entgegenzetreten. Auf ein billiges Entgegenkommen haben die Ziegelarbeiter also nicht zu rechnen, sie würden mit ihren Forderungen, von denen ja Ziegelbesitzer Schühhoff sagt, daß sie berechtigt und erfüllbar sind, stets auf den Widerstand der Ziegelbesitzer stoßen. Dieser Widerstand kann aber gebrochen werden, wenn die in der Kölner Gegend beschäftigten Ziegelarbeiter ihren „Herren“ nachsehen und der „Geschlossenheit der Ziegelbesitzer“ die Geschlossenheit der Ziegelarbeiter entgegenstellen, und dann im gegebenen Fall auch den Herren einmal geschlossen die Zähne zeigen. Dann werden die Ziegelbesitzer nicht etwa geschlossen ihre Ziegelsteine selbst machen, sondern sie werden den Forderungen der Arbeiter geschlossenen Rechnung tragen müssen.

Der Vorsitzende des Vereins, Ziegelbesitzer Wahlen, unterstrich die Ausführungen des Geschäftsführers, indem er bestätigte, daß der Kölner Verein sich nicht mit Verkaufsfragen, sondern fast ausschließlich nur mit Arbeiterfragen beschäftige. Gerade in diesem Jahre sei es an verschiedenen Stellen zu großen Streiks der Ziegelarbeiter gekommen, so in der Nähe von Nürnberg (gemeint ist wohl Bischofberg), wo der Streik der Ziegelarbeiter zu großen Unruhen (?) geführt habe. Man müsse deshalb sehen, auch die dem Verein noch fernstehenden Besitzherheranzuziehen, denn es sei nicht ausgeschlossen, daß auch die Kölner Ziegelbesitzer plötzlich mit Streik überzogen würden.

Diese Werbearbeit der Ziegelbesitzer darf von den Ziegelarbeitern nicht allseitig hingenommen werden, denn sie ist eine Maßnahme, um das Bollwerk des Profits noch mehr zu verstärken, um die geheulichen Verhältnisse der Ziegel-Unternehmer noch gefährlicher zu gestalten und die jetzigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bewahren. Wollen das die Ziegelarbeiter verhindern, dann mögen sie ihre Arbeiterpflicht erfüllen und dann können sie ihren „Herren“ eines Tages tatsächlich eine Ueber-raschung bringen, vor der den Herren schon jetzt bangt.

## Eine „unrentable“ Ziegeler.

Die Majener, Ringosenziegler, A.-G., in Anna gehörte schon immer zu den Ziegeler, die sich durch besonders hohe Gewinne auszeichnen. Natürlich sind diese Gewinne nicht auf die Tätigkeit der Aktionäre zurückzuführen, denn diese wissen in den meisten Fällen gar nicht was eine Ziegeler ausmacht, sondern sie sind die in Gold gemünzte Arbeitskraft und Gesundheit der Ziegelarbeiter. Und das trifft auch wiederum für das Jahr 1910 zu, das der obengenannten Ziegeler bei einem Aktienkapital von 107 000 M. einen Reingewinn von 39 738 M. brachte, das sind 37,1 Prozent brachte. Die Dividende, die zur Auszahlung gelangt, beträgt 25 Prozent. Ist also ein Aktionär mit 10 000 M. beteiligt, so erhält er für seine „aufreibende“ Tätigkeit, die vielleicht nur aus Spazierengehen besteht, 2500 M. ausgezahlt, sein einziges Verdienst ist, daß er einen gepackten Gelbeutel hat. Der Arbeiter dagegen, er opfert seine Gesundheit und oftmals seine Knochen, er radert sich täglich bis zur Ermattung ab und erhält dafür im ganzen Jahr etwa den dritten Teil, wie der Aktionär für sein Nichtstun. Möge das den Ziegelarbeitern als Wegweiser dienen, um den Pfad zur Organisation zu finden.

## Die Lohnbewegung der böhmischen Ziegelarbeiter.

Die Ziegelarbeiter in ganz Nord-Böhmen traten kürzlich in eine Lohnbewegung ein. Die verlangte Lohnaufbesserung wurde aber von den Ziegelbesitzern abgelehnt. Die darauf folgenden, stark besetzten Ziegelarbeiter-Versammlungen beschlossen, die ablehnende Haltung der Ziegelbesitzer durch einen allgemeinen Ausstand zu korrigieren. Diese Entschlossenheit und Einigkeit genügt, um die Ziegelbesitzer zu Verhandlungen geneigt zu machen. Die Verhandlungen ergaben eine Lohn-erhöhung von 50 Heller pro 1000 Ziegeln, womit sich die Arbeiter einverstanden erklärten, so daß der Streik unterließ. Die Lohnsteigerung beträgt nach deutschem Gelde 42 1/2 Pfennige pro Tausend. Für die böhmischen Ziegelarbeiter muß das ein weiterer Ansporn sein, immer eifriger für den Ausbau und die Stärkung der Organisation einzutreten.

## Chemnitz. Die Beschlässe der Ziegelbesitzer, die Löhne für diese

Kampagne nicht zu erhöhen, sowie den Plan der Chemnitzer Ziegelmeister, keine organisierten Ziegler zu beschäftigen, haben die Ziegler gründlich über den Haufen geworfen. In keinem Jahre hatte Chemnitz so umfangreiche Lohnbewegungen in den Ziegelerien, wie gerade heuer. In nicht weniger als fünf Ziegelerien haben die Kollegen im Laufe der Woche der Ziegelbesitzern bedeutende Zugeständnisse abgerungen. In diesen fünf Ziegelerien sind 140 Kollegen beschäftigt und beträgt die durchschnittliche Lohnzulage 2 M. pro Woche. Merkwürdigerweise sind sämtliche Bewegungen nach halbtägigen Streik zugunsten der Kollegen beendet worden, und überall wurden die Unterhandlungen durch die verhasste Organisation geführt. Eine ganze Reihe Besitzer, deren Arbeiterzahl erst festgestellt werden muß, haben „freiwillich“ Zugeständnisse gemacht, so daß von den 800 hier beschäftigten Ziegler mindestens 400 unter ganz bedeutenden Verbesserungen gegenüber dem Vorjahre arbeiten. Leider konnte in bezug auf die Arbeitszeit kein ebenso energischer Vorstoß unternommen werden, wenn auch drei Ziegelerien die Arbeitszeit um eine bis drei Stunden verkürzt wurde. In dieser Beziehung muß unter den Kollegen noch gewaltige Aufklärungsarbeit geleistet werden, weil sie noch in der Mehrzahl der Meinung sind, daß eben die lange Arbeitszeit den hohen Lohn bringt, während in Wirklichkeit das Gegenteil zutrifft. Den Meistern ist der Plan, die Organisation in den Ziegelerien auszuwurzeln, aber gänzlich vorbeigeflogen; trotzdem die Ziegler von aller Herce Länder zusammengeholt wurden, konnte es nicht verhindert werden, daß 50 Proz. der Ziegler dem Verband beigetreten sind, so daß wir in unserer Zahlstelle 400 Ziegler organisiert haben und von den übrigen 50 Proz. zweifellos eine größere Anzahl noch für die Organisation gewonnen wird. Das ist auch äußerst notwendig, denn bis in den Chemnitzer Ziegelerien gründlich Remedur geschaffen ist, müssen wir schon ein paar Kampagnen zu 100 Proz. organisiert sein. Auch wurden von uns die Ziegelerien mit der Lokale abgejagt, um die Kollegen des Stippischen Gewerkschafts zu entdecken, die 12 Stunden arbeiten und 7 Proz. Lohnsteigerung erhalten haben, weil doch bekanntlich im „Gut Brand“ den ganzen Winter der Bombenerfolg angehängt war; aber es ist auch bei den Worten geblieben. Lohnbewegungen werden in den Ziegelerien nicht im Winter, sondern bei Beginn der Kampagne gemacht und können nicht vom Stippischen Gewerkschaft, sondern nur vom Fabrikarbeiterverband energisch zugunsten der Ziegler geführt werden. Das hat auch ein Teil der Mitglieder des Gewerkschafts in Chemnitz eingesehen und sich dem Fabrikarbeiterverband angeschlossen.



## Chemische Industrie

### Aus den Berichten der preussischen Gewerbeinspektoren.

II.

In der Farbenfabrikation sind die Bleifarben mit die giftigsten Farbstoffe. Bekannt ist, daß gerade zu den gefährlichsten Arbeiten — dem Entleeren der Dyphteralkammern und Logen — unständiger Arbeiter verwendet werden. Der Zweck, den die Unternehmer damit verfolgen, ist der, die Krankenziffern der Bleifarbenfabriken recht niedrig zu halten, ihre Krankenkassen zu entlasten. Die Bundesratsverordnung wird nicht beachtet. Trotz dem Verstoß gegen dieselbe an der Tagesordnung sind, berichtet nur der Breslauer Beamte, daß auf die Einhaltung der bestehenden Vorschriften gedrungen werden mußte. Dieser Umstand beweist die Notwendigkeit der Vermehrung des Aufsichtspersonals, um eine strengere Kontrolle zu ermöglichen, die Gesetzesverächter der verdienten Strafe zuzuführen. Der Magdeburger Gewerbeinspektor schreibt: „Im Betriebe einer Bleifarbenfabrik ist gegen früher infolge einer bemerkenswerten Aenderung bewirkt worden, als jetzt auch die mit dem Beschneiden und Entleeren der Logen beschäftigten Leute ständige Betriebsarbeiter geworden sind, wogegen bisher für diese Zwecke häufig Arbeiter fremder Betriebe jedesmal für den einzelnen Fall angenommen worden waren. Die jetzigen Logenarbeiter, die keinen weiteren Dienst haben, als wöchentlich ein bis zwei Logen zu entleeren und neu zu beschneiden, bleiben als ständige Arbeiter des Werkes besser der Krankenkasse unterworfen; auch kommen die früher beobachteten Unregelmäßigkeiten, daß Logenarbeiter ohne die in der Bekanntmachung vom 26. Mai 1903 vorgeschriebene Tauglichkeitsbescheinigung angenommen werden, neuerdings nicht mehr vor.“

Danach vollzogen sich derartige Verstoße, wie z. B. Beschäftigung nicht ärztlich untersuchter, also untauglicher Arbeiter, unter den Augen der Beamten. Auch findet der Magdeburger Beamte die dauernde Beschäftigung von Logenarbeitern als eine „bemerkenswerte Aenderung“. So gemüthlich verfährt man mit den das Gesetz übertretenden Unternehmern. Man vergesse damit die Behandlung und Bestrafungen der um ihr gesetzliches Recht und um Verbesserung ihrer Lage kämpfenden Arbeiter, wenn sie es nur wagen, die Stützen der Gesellschaftsordnung — die „Hingebredener“ — scheel anzusehen.

Die Einführung von Arbeitsmaschinen, mechanischen Transport- und Trockeneinrichtungen macht erhebliche Fortschritte. Durch Einführung der Bleigießmaschinen ist die Zahl der für diese Arbeit notwendigen Arbeitskräfte auf die Hälfte herabgemindert worden. Das Trocknen des Bleiweiß hat eine Verbesserung dadurch erfahren, daß durch den Kanalkrostungsprozess die Arbeiter mit den Trockentöpfen weniger in Berührung und die Trockenkammern in Wegfall kommen. Der Nachener Beamte berichtet von einer weiteren Verbesserung, einer Trockenmaschine. „An die Stelle von Trockenkammern ist nunmehr ein vollkommen selbsttätig wirkender, staubfreier Trockenapparat getreten, der jede Verwundung der Arbeiter mit Bleiweiß und jede Staubentwiddlung ausschließt. Ein über Rollen geführtes, gepflanztes Metallband ohne Ende von besonderer Maschinenkonstruktion nimmt den Bleiweißbrei aus einem Troge auf, steigt senkrecht in einen Trockenraum und bewegt sich darin mehrmals auf und ab. Ein warmer Luftstrom wird in entgegengesetzter Richtung durch den Trockenraum geleitet. Beim Austritte des Metallbandes aus dem Trockenraum wird das trocken gewordene Bleiweiß durch Klopfer vom Bande entfernt und mechanisch dem Desintegrator zugeführt, während das Metallband alsdann dem Troge von neuem Bleiweißschlamm entnimmt. Der Apparat wird von einem Arbeiter bedient, während früher zum Trocknen, Eintöpfen, Schleudern und Zeigen vier Arbeiter erforderlich waren.“

Delbleiweiß wird nach dem Bericht des Kölner Beamten unmittelbar aus nassem Bleiweiß hergestellt und dadurch die Staubgefahr überhaupt beseitigt. Auch aus dem Koblenzer Bezirk wird von gesteigertem Absatz von Delbleiweiß an Stelle des trockenen Produktes berichtet. Der Doppelner Beamte berichtet von einer Minium-Bleiweißfabrik, die an Stelle der alten, von Hand betriebenen Mennige-Ofen vier mechanische Ofen aufstellte. Der ganze Arbeitsprozess geht jetzt nur mechanisch vor sich. Die getrocknete Glätte wird in einer Schlagsmühle zerstäubt, durch eine Schnecke in Muffeln gebracht und unter ständiger maschineller

Umrührung weiter oxydiert. Das Sieben und Verpacken geht ebenfalls mechanisch vor sich. Wehnlisches berichtet der Gewerbeinspektor in Koblenz. Im Düsseldorf-Aufsichtsbezirk wurde in einer Bleiweißfabrik in den Jahren 1899/1900 ein Umbau vollzogen und der Betrieb mit maschinellen Pulverisierungs-, Transport- und Verpackungsanlagen ausgerüstet. Die günstig die Verbesserung der Einrichtung auf den Gesundheitszustand der Arbeiter wirkt, zeigen folgende Zahlen: „In den vor dem Umbau liegenden Jahren 1895 bis 1898 kamen in der Fabrik bei durchschnittlich 22 Arbeitern in jedem Jahre durchschnittlich 43 Fälle von Bleivergiftung mit 934 Krankheitstagen vor. In den auf den Umbau folgenden Jahren 1901 bis 1910 gingen die Zahl der Bleierkrankungen, obwohl die Zahl der Arbeiter sich auf durchschnittlich 40 hob, auf 8 und die Zahl der Krankheitstage auf 240 im Jahresdurchschnitt zurück.“

Prozentual berechnet ergeben sich folgende Ziffern: Auf 100 Arbeiter entfielen Bleivergiftungen:

1895 bis 1898:	1901 bis 1910:
196 Fälle,	20 Fälle,
4226 Krankheitstage,	600 Krankheitstage,
21,7 Tage pro Fall.	30 Tage pro Fall.

Der Unterschied ist geradezu enorm. Die Steigerung der Tage pro Fall ist jedenfalls nicht allein auf die wenigen aber gefährlichen Fälle zurückzuführen, sondern das mag seinen Grund in der längeren Unterstüßungsdauer, die die Krankenkassengesetzgebelle von 1903 vorschreibt, haben. Eine andre Bleifarbenfabrik desselben Bezirks, welche schon vor 1895 die maschinelle Produktion einführt, hat ähnlich günstige Resultate erzielt.

Von einem neuen englischen Verfahren zur Ueberführung von Blei in Bleiglätte berichtet der Kölner Beamte. Während des ganzen Produktionsprozesses kommt die menschliche Hand mit dem Fabrikationsprodukt nicht in Berührung. „Seit Einführung der neuen Arbeitsweise ist in einem halben Jahre kein Fall von Bleierkrankung mehr vorgekommen, während in der vorhergehenden Hälfte des Jahres 33 Krankheitstage und im Jahre vorher 117 Krankheitstage an Bleikolik zu verzeichnen waren. Auch auf andre Betriebsstellen hat das neue Verfahren günstig eingewirkt. Die gesundheitsgefährliche Arbeit in den Bleikammern konnte eingeschränkt werden, da Kammerbleiweiß für die Mennigefabrikation nicht mehr verwendet zu werden braucht.“

Das Weichen der Wände der Fabrikationsräume geschieht mittels Anstrichmaschinen. Dadurch wird ebenfalls eine Gesundheitsgefährdung nach Möglichkeit vermieden.

Aus der Teerfarbenfabrikation werden einige bemerkenswerte Unfälle geschildert. Durch Explosion einer 30 Liter Benzol enthaltenden Korbflosche kam ein Betriebschemiker zu Tode, ein Arbeiter wurde schwer verletzt. Der Berliner Beamte berichtet: „In dem Benzinlagerkeller einer Fabrik wurden zwei Arbeiter, die Benzin abfüllen sollten, bewußlos gefunden. Der eine erholte sich bald wieder, der andre ist an Benzolvergiftung gestorben. Der Keller war mit einer mechanischen Lüftung versehen, die jedoch von den Verunglückten nicht betätigt wurde.“

Der Gewerbeinspektor in Merseburg führt an, daß bei der Braunkohlengrube, in der das Bitumen der Braunkohle mit Benzol ausgezogen wird, zwei Arbeiter von der mit Benzol durchtränkten Braunkohle überdeckt wurden. Sie retteten sich ins Freie; der eine davon brach tot zusammen. Ärztlicher Befund: Herzschlag infolge des ausgestandenen Schreckens, verbunden mit Einatmung von Benzoldämpfen. — „Auch bei der Benutzung von Benzol als Lösungsmittel für einen Anstrich, mit dem die Innenwände einer Chloralkaliammer gestrichen wurden, die während dieser Arbeit mit einem gutziehenden Schornstein verbunden war, fühlte der Arbeiter eine leichte Rauchererscheinung und suchte das Freie auf, brach aber hier tot nieder.“

Der Gewerbeinspektor vom Wiesbadener Bezirk berichtet: „Drei Arbeiter einer chemischen Fabrik, die ein verbleites Monteesinn mit einem säurefesten Anstrich versehen sollten, wurden infolge des bei der Arbeit aus dem Anstrichmittel (Abidon) entweichenden Dunstes — es war, wie sich später herausstellte, Benzol — betäubt. Die Vergiftungserscheinungen, die sich bei ihnen zeigten, konnten erst nach längerer Zeit überwunden werden.“

Der Arnberger Gewerbeinspektor teilt mit: „Eine Benzolvergiftung infolge von Undichtigkeit an einem Kolonnenapparat eine Benzolreinigungsanlage hat ebenfalls den Tod eines Arbeiters verursacht.“

Die Vergiftungen durch Anilin sind nach Angabe des Wiesbadener Beamten in einem Betriebe seines Bezirks (Griesheim-Elektron) im Rückgang begriffen. Es kamen angeblich nur drei Fälle von Vergiftungen vor. Auf jeden Arbeiter der ganzen

Fabrik entfielen 0,5 Krankheitsfälle und 10,3 Krankheitstage. In den höchsten Jahren sind Fälle von Blasenentzündungen und Anilinsucht (?) im Berichtsjahre nicht (?) vorgekommen, nachdem die gefährlichen Benzindämpfe durch Vorrichtungen beseitigt worden sind. Weiter berichtet der Beamte: „Als besonders gefährliche Betriebe sind im Bezirke diejenigen Abteilungen der chemischen Fabriken anzusehen, in denen Nitro- und Amidoverbindungen hergestellt werden. In diesen Anlagen ist feinerzeit schon beim Aufbau der Apparatur darauf Rücksicht genommen, die Handarbeit möglichst zu beschränken und den Arbeitsprozess so zu führen, daß die Arbeiter mit den gesundheitsgefährlichen Stoffen möglichst wenig in Berührung kommen. Deshalb hat in diesen Betrieben auch nur noch in vereinzelten Fällen ein weiterer Versuch der Handarbeit durch Maschinenarbeit stattgefunden.“ Und der Düsseldorf-Beamte führt aus: „In gleich günstiger Weise hat in den hiesigen Anilinfarbenfabriken die Einführung des geschlossenen Fabrikationsystems auf die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter gewirkt. Es gelang in den Abteilungen, in denen giftige Nitro- und Amidoverbindungen hergestellt oder verarbeitet werden, hier gegenwärtig fast überall zur Anwendung und ermöglicht es, sowohl die Verkleinerung und Mischung in dicht geschlossenen Behältern unter Abzug der entstehenden Gase und Dämpfe vorzunehmen, als auch die fertigen Produkte in geschlossene Rohrleitungen mittels Saug- oder Druckluft dorthin zu befördern, daß die Arbeiter mit den schädlichen Stoffen kaum noch in Berührung kommen. Dieser Arbeitsweise im Verein mit dem wohlthätigen Einfluß hoher, gut gelüfterter Arbeitsräume, peinlichster Sauberkeit und des rücksichtslos geübten Vadezwanges ist es ohne Zweifel zu verdanken, daß die den Anilinfarbenfabriken eigentümlichen Krankheitserscheinungen (Zyanose, Blasenentzündungen usw.) in den hiesigen Betrieben dieser Art seit längerer Zeit kaum noch beobachtet worden sind.“ Der angeführte Musterbetrieb ist jedenfalls in Verletzungen. Also auch dort sind Blasenentzündungen festgestellt worden. Derselbe Beamte berichtet: „Eine im Vorjahre beobachtete tödliche Vergiftung, deren Ursache zunächst nicht zu ermitteln war, hat nachträglich durch Obduktion der Leiche und gerichtliche Zeugenaussagen Aufklärung gefunden. Der Arbeiter hatte in der zweiten Nacht vor seinem Tode einen im Freien aufgestellten Destillierkessel für Meta-Toluylendiamin entleert. Nach dieser Arbeit trat heftiges Unwohlsein mit Erbrechen ein, und der Arzt stellte gelbe Gesichtsfärbung, Herzschwäche, Magen- und Darmtarrax fest. Bei der drei Wochen nach dem Tode erfolgten Obduktion konnten auffällige Erscheinungen nur an der Leber wahrgenommen werden; sie hatte das Aussehen einer Phosphorleber. Todesfälle durch Vergiftung mit Meta-Toluylendiamin sind bisher in der Literatur noch nicht beschrieben worden. Da das Krankheitsbild mit dem Ergebnis eines hinterher angestellten Tierversuchs vollständig übereinstimmte, ist anzunehmen, daß der Tod des Arbeiters durch Vergiftung mit Meta-Toluylendiamin herbeigeführt ist.“ Und weiter berichtet der Beamte: „Eigenartige Fälle von schweren chloraknartigen Erkrankungen ereigneten sich in einer hiesigen Farbenfabrik. Dort waren im Laboratorium Chloroberoxide des Diphenylendioxyds dargestellt worden, die bisher unbekannt waren und deren schädliche Wirkungen wegen ihrer großen Beständigkeit und Schwerlöslichkeit im Wasser nicht vorausgesehen werden konnten. Nach Verlauf einer Woche traten bei sämtlichen an den Versuchsarbeiten beteiligten Personen, dem Chemiker und drei Laboranten, heftige Ausschläge, hauptsächlich im Gesicht und an den Unterarmen, auf, die mit einem schlechten Allgemeinbefinden, Erbrechen, Durchfall und Magenbeschwerden verbunden waren. Die gefährlichen Versuchsarbeiten wurden aufgegeben. Eine Explosion, durch die ein Arbeiter sein Leben einbüßte, trat in der Anthrazensublimationskammer einer chemischen Fabrik ein, und zwar wahrscheinlich infolge Undichtigkeit des die Kammer von der Feuerung trennenden Mauerwerks. Daraufhin wurde zur Verhütung der Bildung explosibler Gasgemische während der ganzen Dauer des Sublimationsprozesses überhitzter Wasserdampf eingeleitet. Dies geschah bislang erst, nachdem die Sublimation eingestellt hatte. In einer chemischen Fabrik hatte sich ein Schloffer verbotswidrig ein Stück nitrierter Leinwand angeeignet und zu Fußlappen verwendet. Bei einer Arbeit am Schmelzofen brachte ein herabfallender Funke die Fußlappen zu explosionsartiger Entzündung, die schwere Verbrennungen an beiden Unterschenkeln zur Folge hatte.“

Wir haben dazu zu bemerken: Der größte Teil dieser Vergiftungen und Explosionen wird auf Lebertufen entfallen. Die Organisation ist dort sehr schlecht, die Methode Duisberg läßt die Arbeiter über die Betriebsgefahren im dunkeln.

## Alfred Nobel. \*)

Am 10. Dezember, dem Todestag Alfred Nobels, findet seit 1901 alljährlich die Verteilung der Nobelpreise statt. Die bedeutenden Götter des Nervenvermögens werden in fünf gleiche Teile an je einen hervorragenden Vertreter der Physik, der Chemie, Medizin und Literatur sowie für eine die allgemeine Friedensliebe, das Werk der Völkerverbindung am meisten fördernde Arbeit verteilt.

So großes Interesse diese Preisverteilung in allen Kreisen findet, über die Person des Stifter ist der Allgemeinheit wenig bekannt. Auch wer die Bedeutung eines Menschen vorwiegend nach seinem wirtschaftlichen Erfolg, d. h. nach dem verdienten Geld, beurteilt, müßte schon in Nobel einen ganz außergewöhnlich tüchtigen Mann sehen; ist es ihm doch gelungen, durch geschickte Paarung von technischer und kaufmännischer Intelligenz ein Vermögen von einigen 40 Millionen Mark zu schaffen. Der kräftige, für die Schulwissenschaften nicht besonders empfängliche und deshalb von den Lehrern bald aufgegebenen Knabe besprach wenig, zeigte aber, sobald er der praktischen Tätigkeit gegenüberstand, hervorragendes Verständnis und war in einem Alter, in dem unsere jungen Leute gerade die Schulbau verlassen, schon ein tüchtiger Techniker. Allerdings hatte er in seinem Vater Emanuel Nobel, der im Dienste der russischen Regierung gut brauchbare Torpedos konstruierte und sich mit der Technik der Explosivstoffe gründlich beschäftigte, einen tüchtigen Lehrmeister gefunden, der die beiden Söhne schon in frühesten Jugend in seine Werkstatt einführte. 1847 hatte der französische Chemiker Sobrero das Nitroglycerin

entdeckt und Alfred Nobel fand bei seinen Versuchen, daß man es mit einer kleinen Menge Schwärzpulver vermischt, gut als Sprengmittel gebrauchen könnte. Man hatte aber das Nitroglycerin den großen Nachteil, außerordentlich leicht zu explodieren, und eine fabrikmäßige Herstellung oder gar der Verkauf des Sprengmittels war trotz aller Vorbeugungsmittel sehr gefährlich. In Bergwerken und ähnlichen Betrieben konnte man das dickflüssige, gelbliche Öl vorzüglich gebrauchen, so daß sich seine Herstellung in großen immer notwendiger machte. Aber die Fabriken, die Nobel nach seinem System baute, stiegen in die Luft, er richtete Versuchslaboratorien auf schwimmenden Booten ein, alles umsonst, die gefährliche Kraft ließ sich nicht bändigen, und da die Explosionen auch Menschenleben gefordert hatten, drohte ein Verbot die Ausnutzung der jungen, vielversprechenden Erfindung zu vernichten. Da brachte der Zufall, der in der Geschichte der Erfindungen eine so große Rolle spielt, unsern Nobel zur Rettung, und als Ergebnis seiner Versuche erlangte er das Dynamit, d. h. mit Nitroglycerin getränkte Gur, die die fürchterlichen Eigenschaften des Sprengmittels zum wenigsten insoweit gebändigt hatte, daß es sich in dieser Mischung gefahrlos handhaben und nicht zu großen Mengen verarbeitet ließ. Daß die Wirkkraft des Sprengmittels nicht geringer geworden, zeigte sich bald in sehr unliebsamer Weise: eine größere Sendung Dynamit ging per Segelschiff nach Peru und explodierte im Hafen von Lima, so daß im Bruchteil einer Sekunde von dem Schiff keine Spur mehr zu sehen war.

Alfred Nobel, der wie durch ein Wunder allen Gefahren entging — sein jüngerer Bruder war bei der Explosion einer Fabrik getötet und sein Vater schwer verletzt worden — baute Fabriken in Amerika, Österreich, Frankreich und England und hatte Erträge, die sein Verfahren durch die ganze Welt ausbreiteten. 1873 setzte er seine Arbeiten in Paris fort und fand, daß die Nitrocellulose, ein Nitroglycerin gelöst, eine gelatinöse Mischung von großer Sprengkraft ergab. Diese Sprenggelatine wurde in Patronen verarbeitet oder mit Sumpfpulver als Gelatinedynamit viel benutzt.

Die wunderbaren Wirkungen des Dynamits, der Sprenggelatine und

der andern Explosivstoffe, die den gesamten Bergbau und zahlreiche andre Industrien auf ein weit höheres Niveau gebracht hatten, werden auch in militärischen Kreisen den Wunsch, diese Sprengmittel für die Geschäfte zu verwerthen; aber gerade die im Bergbau so hoch angeschlagene Verwertung machte die Nitroglycerine zu Schießpulver und unbrauchbar. Die Schnelligkeit der Verbrennung mußte also verringert werden und nach jahrelangen Versuchen ließ sich Nobel 1889 ein Patent auf ein aus Kollobiumwolle und Nitroglycerin zusammengesetztes rauchloses Pulver erteilen, dem bald weitere Patente sowie die fabrikmäßige Herstellung folgten.

Bei den jahrzehntelangen Arbeiten mit Nitrocellulose war er auch auf die Herstellung der künstlichen Seide aufmerksam geworden und beschäftigte sich mit dahingehenden Versuchen. Seide war von jeher ein begehrter Stoff, und da die Nachfrage nach jenem Produkt des Seiden-spinners den Vorrat oft genug überstieg, schaute man sich nach einem Ersatzmittel um. Der Franzose Chardonnet war der erste, dem es gelang, aus Nitrocellulose Fäden zu spinnen, deren Glanz die Naturseide noch übertraf. Nobel hatte die Versuche in seinem Laboratorium verfolgt und ging an die Bearbeitung der Stoffe. Inzwischen hatten ihm die französischen Behörden immer mehr Schwierigkeiten bereitet; man fürchtete seine Nachahmung, und 1891 bedrohte er nach St. Remo über, wo fünf Jahre später ein plötzlicher Tod den 63jährigen Mann mitten aus der Arbeit riß. Das Testament Nobels ist eine in Europa einzig dastehende Großtat, und besonders Deutschland, dem es für seine Kulturzwecke so oft am nötigsten fehlt, muß er freut darüber sein. Gerade dem, die bezeugen sind, der Menschheit die größten Dienste zu leisten, gleichgültig, ob sie es als Ärzte oder Techniker tun, ob sie das Werk der Völkerverbindung fördern helfen oder Millionen Menschen durch idealistische Leistungen erfreuen und beglücken, gerade denen die Sorge um das tägliche Brot abzunehmen, heißt der großen Allgemeinheit im besten Sinne nützen. Daß Nobel kein Patriot war, dessen Menschenliebe jenseits der Rauer seiner Vaterland aufhörte, daß er vielmehr die großen Wohlthäter der ganzen Welt zum Wettbewerb anspornen wollte, zeigt die Bestimmung, nach der die Rationalität bei der Preisverteilung keine Rolle spielt.

\*) Mit Erlaubnis des Verfassers entnommen der Schrift „Aus Natur und Technik“ von Dr. Heinrich Wieselthal. Verlag Lebensreform in Schönberg-Berlin. Der Preis der 64 Seiten starken Schrift beträgt 75 Pf. Das preiswerte Werkchen enthält 15 Aufsätze aus den verschiedensten Gebieten. Wir erwähnen davon: Kieselgur, Die Margarinefabrikation, Arbeiterschutz und Alkohol, Bleiweißfabrikation usw.

Ein Fall mit tödlichem Ausgang durch Phosgen wird aus dem Bezirk Berlin berichtet:

„Bei der Verwendung von komprimiertem Phosgen in einer chemischen Fabrik geriet der als Leitung dienende Gummi- schlauch, und wegen Verlagens des Absperrventils strömte so viel Phosgengas in die Luft, daß der dabei beschäftigte Arbeiter in der folgenden Nacht an den Folgen der Einatmung starb.“

Ueber die Gefährlichkeit von Blausäuredämpfen wird aus dem gleichen Bezirk berichtet: „Der Vergiftung durch Blausäure ergab in einer Zugschneidfabrik eine Arbeiterin, die einen offenen Topf mit Zugschneidmasse für ein galvanisches Bad eine Treppe hinabtrug, dabei auszufishe und mit dem Gesicht in die verschüttete Flüssigkeit fiel.“

Das sind einige Proben von den Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie. Im nächsten Artikel werden wir den Rest nachholen.

Der Gauß, der den Haler verdient, bekommt ihn nicht.

Den Händeholzfabrikanten wurde bekanntlich das Händewarensteuergesetz dadurch recht schwach gemacht, daß neu errichtete Händeholzfabriken, die den Betrieb nach dem 1. Juni 1909 aufnahmen, eine um 20 Proz. höhere Steuer zu entrichten hatten als die bereits bestehenden. Diese Maßnahme, die zum Schutze der armen Händeholzfabrikanten erlassen wurde, war gleichbedeutend mit einem Privatmonopol. Der Schutz war auf fünf Jahre vorgelesen. Die Produktionsmenge wurde konstant gehalten und nach Maßgabe der gehaltenen Produktion der letzten Jahre verteilt. Unsern Kollegen ist bereits bekannt, in welcher enormen Maße der Rückgang der Produktion einsetzte, der viele von den Händeholzfabrikanten zur Arbeitslosigkeit, zum Hunger verurteilte. Die Bestrebungen der Fabrikanten, mit Hilfe eines Syndikats die Preise zu steigern, mißlang, weil ein geringer Teil der dem Syndikat nicht angeschlossenen Firmen fast die ganze Produktion an sich gebracht hatte. Ein Preisstempel folgte, der noch heute das Schicksal in Trümmern. Die Bestrebungen der sozialdemokratischen Fraktion, für die geschädigten Arbeiter eine Entschädigung herauszuholen, scheiterten daran, daß die Regierung das Gland der Händeholzarbeiter leugnete. Wesser ging es den Fabrikanten. Der fünfjährige Schutz ging ihnen nicht weit genug, sie interpellierten auf eine fünfzehnjährige Schutzfrist und wie es scheint nicht ohne Erfolg. Dem Reichstag ist jetzt eine Novelle zum Händewarensteuergesetz zugegangen. In dieser wird die Schutzfrist gegen den Wettbewerb neuer Fabriken von fünf Jahren, wie sie in dem Gesetz bisher vorgelesen war, auf zehn Jahre ausgedehnt. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß eine Verlängerung dieser Schutzfrist auf fünfzehn Jahre, wie es von den Interessenten gefordert wurde, nicht geboten erscheine. Es lasse sich nicht übersehen, ob es gerechtfertigt sei, auf so lange Zeit hinaus das Entstehen neuer Fabriken durch einen Steuerzuschlag auszuschließen; es bestehe vielmehr Grund zu der Annahme, daß eine Verlängerung der Frist auf zehn Jahre genügen werde, um der Industrie die Ueberwindung der vorhandenen Schwierigkeiten zu ermöglichen.

Weiter wird in der Novelle der Bundesrat ermächtigt, das Kontingent der bestehenden Händewarenfabriken so weit herabzusetzen, daß es dem Inlandsverbrauch an Händewaren entspreche. Dabei sollen aber die Verhältnisse der kleinen und mittleren Fabriken berücksichtigt und es soll die Möglichkeit geschaffen werden, eine verhältnismäßig geringe Kürzung oder, besonders für die kleinen Betriebe, überhaupt keine Kürzung des Kontingents eintreten zu lassen. Die Herabsetzung des Kontingents soll also nicht gleichmäßig für alle Händewarenfabriken erfolgen, da sie je nach dem Umfang des Betriebes verschiedenartig wirke. Deshalb sollen auch die erforderlichen Maßregeln dem Bundesrat überlassen bleiben, der eine Prüfung der Verhältnisse der einzelnen Fabriken vornehmen soll. Ueber seine Maßregeln zur Herabsetzung des Kontingents soll der Bundesrat dem Reichstag Mitteilung machen.

Aller Voraussicht nach wird die Novelle bei den bürgerlichen Parteien die nötige Gegenliebe finden, zumal es sich um den Schutz ihrer Klassenangehörigen handelt. Als es galt, die Arbeiter dieser Industrie zu entschädigen, hatten die bürgerlichen Elemente kein Verständnis dafür. Die Händeholzfabriken mögen sich die Vorliebe der Regierung und der mit ihr verknüpften Parteien zur nächsten Reichstagswahl merken.

Aus den Wohlfahrtsbüchern in Gesehnen.

Am 19. Mai passierte im Don A. S. L. ein Unglück, das nur auf die unglücklichen Arbeiterbedingungen an den dortigen Arbeitsstellen zurückzuführen ist. Der in Frage kommende Arbeiter mußte sich, um die Räume an der Maschine abzugeben, damit der Inhalt ausgeföhrt werden kann, auf den schmalen Rand der Maschine stellen. Hierbei glitt er aus und stürzte in die heiße Zelle, die aus Blausäure zu Sulfat verarbeitet wird. Schwer verletzt wurde der Arbeiter ins Krankenhaus geschickt. Dem Betriebsleiter Sch. wolle man nicht überhaupt einmal empfehlen, sobald die Ausstattung nach dem System Driehberg aufs höchste zu prüfen, wie dies bei der Fabrikation des Amido, wo früher bei der Partie II Mann beschäftigt waren, heute dasselbe von 5 Mann geleistet werden muß, sich besser um die fehlenden und mangelhaften Schutzvorrichtungen zu kümmern, denn Leben und Gesundheit sind das höchste Gut der Arbeiter. Die laufenden Treibriemen müssen besser umschlossen werden, damit sie beim Anhalten oder Bremsen nicht die Arbeiter erlösen können. Man sollte an Wasserleitungen nicht so sparsam sein, denn der Rest von Wasser, Leberlöcher usw. gereinigt werden kann, um die Hitze und Kleber der Arbeiter zu schützen. Weiter ist es höchste Priorität, daß den Arbeitern an den Maschinen die achtstündige Arbeitszeit gegeben wird. Das ist eine der ungeliebtesten Arbeiten und dabei müssen diese Arbeiter 12 Stunden arbeiten. Der ganze Rest im Keller ist ebenfalls die Einrichtung der achtstündigen Arbeitszeit notwendig. Die Arbeiter müssen dort in einem geraden, hellen und durch die Arbeiter. Wir können noch weitere Mängel an der Fabrikation des Amido aufzählen, zu der das fünfzehnjährige Alter gebührend ist. Wenn werden die Arbeiter endlich ermahnt, um sich gegen diese Art Ausbeutung zu wehren und sich die Arbeitsbedingungen zu verbessern, wie sie der Verband der Fabrikanten für chemische Fabriken verlangt.

Unfälle.

Ein Arbeiter durch Benzoldämpfe vergiftet. In der letzten Zeit haben sich die Unfälle im Betriebe der chemischen Industrie in Duisburg-Rheinisch in erschreckender Weise. So wurden am 22. Mai vormittags 4 Arbeiter und 1 Arbeiter von giftigen Dämpfen der Benzoldestillation befallen. Nur durch das schnelle Eingreifen der Rettungskommission, welche den Betriebsleiter einmündig, gelang es, daß einiger Zeit der Arbeiter und dem Arbeiter wieder vom Benzolgas zu befreien. Der eine Arbeiter, namens D., brach sich bis zum Bewußtlosigkeit und wurde ins Krankenhaus gebracht, zum Glück wurde er aber nicht verletzt. Einer der Arbeiter hat eine erhebliche Benzolvergiftung erlitten. Einmalige Proben wurden dem Arbeiter im Krankenhaus gegeben. Die Dämpfe waren nach der Verhinderung in dem Arbeiter, in dem sie schon seit 6 Uhr morgens beobachtet wurden, sondern, als sie, von dem Boden herabströmten.

Der Arbeiter D. ist in der Nacht zum Dienstag gestorben; er hinterließ eine geliebte Familie. Zwei Arbeiter und der Arbeiter D. wurden am nächsten Tage ins Krankenhaus eingeliefert, während der eine noch dem Bewußtlosigkeit war. Bei diesen Gelegenheiten ist nicht nur ein Arbeiter, sondern die Arbeiter in diesen Betrieben. Der Arbeiter von Duisburg-Rheinisch hatte längere Zeit über Kopfweh. D. hatte wieder in kurzer Zeit so wenig, daß er sich nach Hause begeben und von dem Betriebsleiter ein Zettel gebracht werden sollte. In der Nacht zum 19. Mai ist er gestorben. Der Arbeiter hat die Bestattungskosten übernommen. Unter den Arbeitern geht man die Vermutung, daß dieser Arbeiter ebenfalls an die giftigen Dämpfe erkrankt ist. Diese Dämpfe kommen bei der Destillation von Benzol vor. Die Arbeiter in diesen Betrieben sind in großer Gefahr, und es werden dem Leben und der Gesundheit gefährlich, wenn die Arbeiter nicht besser geschützt werden. Die Arbeiter müssen sich gegen diese Art Ausbeutung wehren und sich die Arbeitsbedingungen zu verbessern, wie sie der Verband der Fabrikanten für chemische Fabriken verlangt.

der Revision dieses Betriebes befaßt. Sonst mir erfahren, war die Staatsanwaltschaft kurz nach dem Unfall an der Unglücksstätte und hat die Duldung gelassen. Auf jeden Fall ist in diesem gefährlichen Betrieb darauf zu drängen, daß die Unfallverhütungsvorschriften genau eingehalten werden, denn Unfälle und Krankheiten, die auf die giftigen Gase zurückzuführen sind, sind hier an der Tagesordnung. Die vielen Unfälle in den chemischen Fabriken an Orte, sind in erster Linie mit darauf zurückzuführen, daß die Fabrikanten alles mögliche aufbieten, um billige und willige ausländische Arbeiter zu erhalten. Diese können in den meisten Fällen die Unfallverhütungsvorschriften gar nicht lesen. Betriebsleitung und Vorgesetzte tun dann noch das Nötige, um die Arbeiter in ihrer Dummheit hinzuhalten, anstatt ihnen genügend Aufklärung über die Gefahren zu geben. Aber auch die Polizeibehörde trägt ein großes Teil der Schuld, indem sie in die von uns einberufenen Versammlungen kommt und dadurch die Arbeiter einschüchtern, vom Versammlungsbesuch abhält und so eine Belohnung der Arbeiter über die Giftgefahren verhindert. Im weiteren sind es die Wirte von Weidrich. Diese sind bestrebt, uns die Aufklärungsarbeit unmöglich zu machen, indem sie uns einfach ihre Lokale nicht zur Verfügung stellen. Ein in der Nähe wohnender Wirt hat einen Saal, in welchem Versammlungen abgehalten werden könnten. Er sagt aber, er dürfe das nicht dulden, da er hierzu keine Konzession habe, auch würden ihm dann von der Polizei Schwierigkeiten gemacht. Dieser Mann soll seinen Saal nur zu Freizeitleuten hergeben dürfen, die bei Beerdigungen abgehalten würden. So sorgen also Betriebsleitung, Polizei und Gastwirte dafür, daß den Arbeitern die zum Schutze ihres Lebens und der Gesundheit so notwendige Aufklärung nicht zuteil wird.

Hier wird erst dann eine Besserung der traurigen Verhältnisse in Aussicht genommen, wenn sich die Arbeiter endlich aufraffen und sich der Organisationsarbeit anschließen.

Papier-Industrie

Die Zellstoffindustrie in Ostpreussen.

Im industriearmen Ostpreußen leisten die Zellstoff-Fabriken kapitalistische Pionierarbeit allerdings, die gut lohnt. Obwohl der in Ostpreußen erzeugte Zellstoff in der Hauptsache

Ueberblick über die Bedeutung der Zellstoff-Industrie für Ostpreußen.

Table with 3 columns: Die angegebenen Werte beziehen sich auf die vier Zellstoff-Fabriken insgesamt, In den Jahren 1896 bis einschließlich 1900, In den Jahren 1901 bis einschließlich 1905, In den Jahren 1906 bis einschließlich 1910. Rows include: Arbeitendes Kapital (Aktienkapital und Obligationen), Produktion an Zellstoff im Werte von, Arbeiterzahl, Rohlenverbrauch, Holzverbrauch, Chemikalienverbrauch (Schwefel, Schwefelkies und Kalk), Betrag der Staatssteuern, Betrag der Gemeindesteuern, Betrag der allgemeinen Steuern (für Talons, Reichssteuer, Elektrizität, Handelskammerbeiträge usw.), Aufwendungen für die soziale Versorgung (Krankenversicherung, Invaliditätsversicherung, Pensionsversicherung, Unfallversicherung, Aufwendung für Wohlfahrtszwecke), Bahn- und Wasserfrachten, Lohnsumme (Arbeiterlöhne und Gehälter).

Vergleichen wir, der Einfachheit halber, nur das erste und das letzte Jahr, so ergibt sich ein Wachstum des „arbeitenden“ Kapitals (wir behalten die Terminologie der Tabelle bei, obwohl noch kein Sterblicher das Kapital als solches bei der Arbeit gesehen hat) von durchschnittlich 2 870 000 auf 15 250 000 Mk. oder um rund 430 Prozent. Der Wert des erzeugten Zellstoffes stieg in derselben Zeit um rund 740 Prozent, die Zahl der beschäftigten Arbeiter hingegen um nur rund 350 Prozent. Es ist demnach die von einem Arbeiter erzeugte Menge Zellstoff innerhalb 10 Jahren ganz erheblich gestiegen. Im Jahresfünft 1896/1900 erzeugte ein Arbeiter im Durchschnitt jährlich für 4466 Mk., im Jahresfünft 1906/1910 aber für 8514 Mk. Zellstoff. Da der Preis des Zellstoffes in den 10 Jahren nicht gestiegen, sondern gefallen ist, ist die Wertdifferenz noch größer, als die Wertdifferenz (Wert hier wieder nach der Terminologie der Tabelle, richtiger wäre vielleicht Preisdifferenz, v. B.) Die Produktivität der Arbeit hat sich mithin in den 15 Jahren reichlich verdoppelt, ein Arbeiter erzeugte im letzten Jahresfünft soviel Zellstoff, als zwei Arbeiter vor einem Jahrzehnt. Ob und in welchem Grade diese Steigerung auf technische Verbesserungen zurückzuführen werden kann, ist aus der Tabelle natürlich nicht zu ersehen. Wohl aber läßt sich aus den Zahlen der Tabelle der durchschnittliche Lohn pro Arbeiter berechnen; er betrug im Jahresfünft 1896/1900 nur 471 Mk., stieg im Jahresfünft 1900/1905 auf 576 und im letzten Jahresfünft auf 1026 Mk. In diesen Durchschnittslöhnen sind jedoch die Gehälter der Beamten enthalten, so daß der Durchschnittslohn pro Arbeiter noch niedriger angesetzt werden muß. Die Zahlen bestätigen die einseitig aufgestellte Behauptung, daß die Löhne in der ostpreussischen Zellstoffindustrie noch sehr niedrig sind, daß sich aber der Einfluß der Gewerkschaftsbewegung schon deutlich geltend macht. Daß die Steigerung der Löhne im wesentlichen auf das Wachstum der gewerkschaftlichen Organisation zurückzuführen ist, lehrt ein Vergleich der Steigerung vom ersten zum zweiten mit der Steigerung vom zweiten zum letzten Jahresfünft. In der ersten Periode — also vor 1905 — stieg der Durchschnittslohn um ganze 105 Mk., in der letzten Periode — also nach 1905 — aber um 450 Mk. Weiß man nun, daß die Gewerkschaftsbewegung unter den Zellstoff-Fabrikarbeitern erst um 1905 einsetzte — die Jagställe Königsberg und Memel des Fabrikarbeiterverbandes wurden 1905, die Jagställe Tilsit wurde 1906 gegründet — so liegt der Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Gewerkschaftsbewegung klar zutage. Dabei ist es wenig von Belang, daß die Erhöhungen nur zum kleineren Teil durch direktes Eingreifen des Verbandes erreicht, zum größeren Teil aber „freiwillig“ gegeben wurden. Denn es ist eine zu alte Erfahrung, daß die Unternehmer manchmal merklich einseitig und freigeigig werden, wenn die Organisation für den Betrieb der Löhne steht. Und in den ostpreussischen Zellstoff-Fabriken mit ihren geradezu schandbar niedrigen Löhnen ist die Furcht der Unternehmer vor dem Erwachen der Arbeiter wirklich sehr verständlich.

Die Gewinne der Zellstoffindustrie sind aus der Tabelle nicht klar ersichtlich. Durch Berechnungen lassen sich jedoch vergleichbare Zahlen ermitteln. Werden nämlich die in der Tabelle aufgeführten Produktionskosten von der als Wert der erzeugten Zellstoffmenge angegebenen Summe in Abzug gebracht, so bleibt eine Restsumme, die als Bruttogewinn bezeichnet werden kann. Ein Vergleich dieser Brutto-

nach Mittel- und sogar nach Süddeutschland an die Papierfabrikan ten verschickt werden muß, also hohe Frachtkosten zu tragen hat, prosperieren die ostpreussischen Zellstoffunternehmungen vorzüglich. Die Königsberger Zellstoff-Fabrik zahlt seit einer Reihe von Jahren regelmäßig 20 Prozent Dividende, die Norddeutsche Zellstoff-Fabrik, ebenfalls in Königsberg, die erst 1907 in Betrieb genommen wurde, zahlte im zweiten Jahre ihres Bestehens 4, im dritten 8 und im vierten (1910) 12 Prozent Dividende. Ueber die beiden andern älteren Unternehmungen Ostpreußens, die Zellstoff-Fabriken in Tilsit und Memel, liegen Spezialberichte für die letzten Jahre nicht mehr vor, weil beide andern Unternehmungen eingegliedert wurden. (Die Memeler Fabrik gehört zu der Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation in Wschaffenburg, die Tilsiter zu der Zellstoff-Fabrik Waldhof-Mannheim.) Soweit jedoch die Ergebnisse vor der Verschmelzung mit andern Betrieben schlüssig zulassen, merken auch diese beiden Betriebe enorme Gewinne ab. Die Höhe des waldreichen Aufwandes und nicht zuletzt die niedrigen Arbeitelöhne haben sich für die Kapitalisten als stark gewinnsteigernde Faktoren erwiesen. Die Arbeitelöhne sind allerdings in den letzten Jahren, unter dem Einfluß der gewerkschaftlichen Organisation, die in den Zentren der Zellstoffindustrie in erfreulichem Wachstum begriffen ist, nicht unerheblich gestiegen, aber sie liegen immer noch unverhältnismäßig niedrig. Der andre Faktor, die Höhe großer Wälder, gewinnt jedoch in demselben Maße an Wert, in dem die Wälder im inneren Deutschland der Art zum Opfer fallen. Dadurch scheint die hohe Rentabilität der ostpreussischen Zellstoff-Industrie auf absehbare Zeit gesichert. Zumal die Errichtung neuer Betriebe teils durch natürliche Verhältnisse, teils durch Maßnahmen der bestehenden Unternehmungen, sehr erschwert wird. — Wie sich die Zellstoffindustrie Ostpreußens in den letzten 15 Jahren entwickelt hat, zeigt recht instruktiv eine Tabelle, die auf der ostdeutschen Ausstellung für Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft in Posen ausgegeben wurde, und die wir hier wiedergeben.

gewinnsummen wieder zeigt die Veränderung in der allgemeinen Rentabilität. Im Jahresfünft 1896/1900 blieben jährlich 1 050 006 Mk., das sind 36 Prozent des „arbeitenden“ Kapitals übrig, im Jahresfünft 1906/1910 aber jährlich 6 254 836 Mk. oder 41 Prozent des Kapitals. Die allgemeine Rentabilität der vier Betriebe ist also gestiegen. Wie die erzielten Gewinne verteilt wurden, ist aus der Tabelle nicht zu ersehen, interessiert auch in diesem Zusammenhange weniger; hier genügt der Nachweis, daß die Zellstoffindustrie in Ostpreußen im letzten Jahresfünft mit steigenden Gewinnen gearbeitet hat, obwohl die Wirtschaftslage für diese Industrie im allgemeinen nicht günstig war und obwohl sie genötigt wurde, die jämmerlich niedrigen Arbeitelöhne nicht unerheblich aufzubessern.

Die Aufwendungen für die soziale Gesetzgebung sind sehr gering. Im Jahresfünft 1896/1900 wurden jährlich (im Durchschnitt) 11 325 Mk., im Jahresfünft 1906/1910 146 900 Mk. dafür ausgegeben. Das sind 1,1 bzw. 2,4 Prozent vom Bruttogewinn. Dabei sind auch noch die für „Wohlfahrts-Einrichtungen“ ausgegebenen Summen eingerechnet. Ueber das „Uebermaß sozialer Kosten“ können die ostpreussischen Zellstoffkapitalisten also wirklich nicht klammern. Womit natürlich nicht gesagt ist, daß sie es nicht trotzdem tun.

Alles in allem lehrt die Ausstellungstabelle der ostpreussischen Zellstoff-Fabriken, daß die Kapitalisten hier glänzende Geschäfte machen, Riesensummen einheimen, während die Arbeiter mit Hungerlöhnen abgepeist werden. Daß den Unternehmern diese echt kapitalistische Teilung des Arbeitervertrages gefällt und daß sie jeden Versuch, hier einen andern Maßstab einzuführen, rücksichtslos bekämpfen, lehrt der Kampf, der gegenwärtig in der Norddeutschen Zellstoff-Fabrik ausgefochten wird. Aber es wird den Unternehmern alles nichts helfen, die Arbeiter sind erwacht und lassen sich nicht wieder in das alte Joch slavischer Abhängigkeit und menschenunwürdiger Entlohnung zurückdrängen. Wo die Betriebsleitungen klug sind, tragen sie diesem veränderten Stand der Dinge Rechnung — wie in Tilsit —, wo sie einseitig sind wird der Kampf unvermeidlich — wie in Königsberg.

+ Königsberg. Ueber eine Million Mark Reingewinn hat die Königsberger Zellstofffabrik im letzten Geschäftsjahr erzielt. Der Bruttogewinn beträgt 1 811 542,40 Mk.; davon werden 719 171,01 Mk. zu Abschreibungen verwandt. Es verbleibt somit ein Reingewinn von 1 092 371,39 Mk., der zum größten Teil in die Taschen der Aktionäre fließt, die eine Dividende von 20 Prozent erhalten. Den Arbeitern, etwa 200 an der Zahl von 300 Beschäftigten, hat man kürzlich eine Gratprämie von 4200 Mk. gegeben. Das ist das „Teilen“ in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Eine Million für eine Reihe Aktionäre, die nicht einen Finger krümmen zu machen brauchen, und 4200 Mark für die Arbeiter, die jahrelang schwer gelitten haben.

Im Geschäftsbericht für 1910/11 heißt es: Die Beschäftigung in der Papier- und Zellstoffindustrie war im verfloffenen Geschäftsjahr eine rege und belebte sich namentlich gegen Ende des Berichtsjahres, so daß wir für unsere Fabrikate sowohl im Inlande wie im Auslande flotten Absatz hatten. Eine Aufbesserung der Preise gegen ihren jetzigen Tiefstand ließ sich trotzdem nicht ermöglichen. Wir haben wieder einige unserer Fabrikerrain benachbarte Grundstücke nebst Wohnhäusern erworben, wodurch der Grundstück- und Gebäudelohn, sowie das Hypothekentilgung sich entsprechend erhöhten. Das Maschinenkonto hat wiederum eine Erhöhung erfahren durch Einbau einer zweiten großen Dampfmaschine, Ausbau der Kesselhäuser usw., wodurch eine erhöhte Betriebssicherheit gewährleistet wird. Wir glauben daher auch weiterhin bei befriedigenden Resultate in Aussicht stellen zu können. Und was wird den Arbeitern „in Aussicht gestellt“?